

Nikolaus Werz Peter Schulz Hans Jürgen Wendel

Ehrenpromotion der Philosophischen Fakultät 2006, Rechtsanwalt Peter Schulz Hamburg : akademischer Festakt in der Aula der Universität am 28. April 2006

Rostock: Universität Rostock, 2006

<https://purl.uni-rostock.de/rosdok/ppn1818006642>

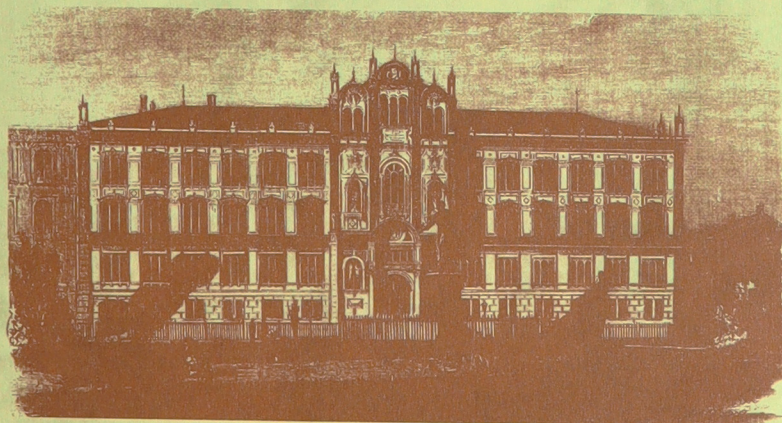
Druck Freier  Zugang  All Rights Reserved OCR-Volltext

ROSTOCKER UNIVERSITÄTSREDEN
NEUE FOLGE

HEFT 14

EHRENPROMOTION
DER PHILOSOPHISCHEN FAKULTÄT
2006
RECHTSANWALT PETER SCHULZ
HAMBURG

Akademischer Festakt
in der Aula der Universität Rostock
am 28. April 2006



UB Rostock

UNIVERSITÄT ROSTOCK 2006

NMK
ZA
251
(14)



Universitäts
Bibliothek
Rostock

[https://purl.uni-rostock.de
/rosdok/ppn1818006642/phys_0001](https://purl.uni-rostock.de/rosdok/ppn1818006642/phys_0001)

In der Reihe
ROSTOCKER UNIVERSITÄTSREDEN NEUE FOLGE
sind bisher erschienen

Heft 1

INVESTITUR 1998 : Ansprache des scheidenden Rektors Prof. Dr. sc. nat. Gerhard Maeß, Rector magnificus 1990 bis 1998; Ansprache des neuen Rektors Prof. Dr. rer. nat. habil. Günther Wildenhain, Rector electus 1998 bis 2002, am 16. Oktober 1998 in der Universitätskirche, Kirche des Klosters zum Heiligen Kreuz, in Rostock. – Rostock : Univ., 1998. – 39 S. – Abb.

Heft 2

Eröffnung des Dokumentationszentrums des Landes [Mecklenburg-Vorpommern] für die Opfer deutscher Diktaturen : Reden zur Eröffnung am 16. September 1998 in Rostock. – Rostock : Univ., 1998. – 68 S. – Abb.

Heft 3

EHRENPROMOTIONEN DER THEOLOGISCHEN FAKULTÄT 1999. Akademischer Festakt in der Aula der Universität am 20. Januar 1999. – Rostock : Univ., 1999. – 63 S. – Abb. [Ehrenpromotion Joachim Gauck und Dr. Heinrich Rathke]

Heft 4

EHRENKOLLOQUTUM DER MEDIZINISCHEN FAKULTÄT FÜR ...HANS MORAL IN DER AULA AM 17. DEZEMBER 1999. – ROSTOCK : UNIV., 2001. – 47 S. – Abb. [Aus Anlass des 75. Jahrestages der Verleihung der Ehrendoktorwürde]

Heft 5

WANDLUNGEN GOTTES. BEITRÄGE EINER RINGVORLESUNG DER THEOLOGISCHEN FAKULTÄT zum 60. Todestag Ernst Barlachs von Hermann Michael Niemann, Eckart Reinmuth u. Gunnar Müller-Waldeck. – ROSTOCK : UNIV., 2001. – 92 S. – Abb.

Heft 6

FESTVERANSTALTUNG DER THEOLOGISCHEN FAKULTÄT FÜR EHRENSENATOR PROE. DR. THEOL. HABIL., DR. H. C. ERNST-RÜDIGER KIESOW : Aus Anlass seines 75. Geburtstages in der Aula der Universität am 9. April 2001. – ROSTOCK : UNIV., 2001. – 44 S. – 1 Portr.

Heft 7

KLEEMANN, CHRISTOPH: VON DEN SCHWIERIGKEITEN, DER EIGENEN GESCHICHTE INS AUGE ZU SEHEN : VORTRAG in der Aula der Universität am 29. Juni 2001 aus Anlass des 10. Jahrestages der Gründung der Ehrenkommission an der Universität. Mit e. Geleitwort des Rektors Prof. Dr. Günther Wildenhain. – ROSTOCK : UNIV., 2002. – 28 S. – 1 Portr.

ROSTOCKER UNIVERSITÄTSREDEN
NEUE FOLGE
HEFT 14

ROSTOCKER UNIVERSITÄTSREDEN
NEUE FOLGE
HEFT 14



„Die Parteien in den neuen Bundesländern“
und ihrer Darstellung
von
Rechtsanwalt Dr. h. c. Peter Schulz
„Ich will und ich werde auch noch in Zukunft schreiben“

UNIVERSITÄT ROSTOCK



UB Rostock

28\$ 008 261 598





Überreichung der Ehrendoktorurkunde durch Dekan Prof. Müller-

ROSTOCKER UNIVERSITÄTSREDEN
NEUE FOLGE
HEFT 14

EHRENPROMOTION
DER PHILOSOPHISCHEN FAKULTÄT
2006
RECHTSANWALT PETER SCHULZ
HAMBURG

Akademischer Festakt
in der
Aula der Universität
am
28. April 2006

Mit einem Festvortrag
von
Prof. Dr. phil. habil. Nikolaus Werz
„Die Parteien in den neuen Bundesländern“
und einer Dankrede
von
Rechtsanwalt Dr. h. c. Peter Schulz
„Ich will und ich werde mich auch in Zukunft ‚einmischen‘...“

UNIVERSITÄT ROSTOCK 2006

HERAUSGEBER: DER REKTOR DER UNIVERSITÄT ROSTOCK

REDAKTION UND OBERBIBLIOTHEKS RAT
DRUCKVORLAGE: PROF. DR. PHIL. KARL-HEINZ JÜGELT
BIBLIOTHEKSDIREKTOR & KUSTOS i. R.

CIP-KURZTITELAUFNAHME: EHRENPROMOTION DER PHILOSOPHISCHEN FAKULTÄT
2006: RECHTSANWALT PETER SCHULZ, HAMBURG...
AKDEMISCHER FESTAKT IN DER AULA AM 28. APRIL
2006. - Mit einem Festvortrag von Prof. Dr. phil. ha-
bil. Nikolaus Werz „Die Parteien in den neuen Bun-
desländern“ und einer Dankrede von Rechtsanwalt
Dr. h. c. Peter Schulz „Ich will und ich werde mich
auch in Zukunft ‚einmischen‘...“. - ROSTOCK : UNIV.,
2006. - 63 S. - Abb.
(Rostocker Universitätsreden : N.F. ; 14)

ZITATKURZTITEL: Rostocker Universitätsreden N. F.

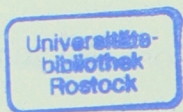
ISSN 1437-4595

© Universität Rostock, 18051 Rostock

BEZUGSMÖGLICHKEITEN: Universität Rostock
Universitätsbibliothek, Schriftentausch
D-18051 Rostock
Tel.: +49-381-498 8637
Fax: +49-381-498 8632
maria.schumacher@uni-rostock.de

UNIVERSITÄT ROSTOCK
Philosophische Fakultät
Historisches Institut
D-18051 Rostock
Tel.: +49-381-498 2717
Fax: +49-381-498 2720
e-mail: britta.huebner@uni-rostock.de

DRUCK: Universitätsdruckerei Rostock 710-06



NMK-ZA 257 (14)

Inhaltsverzeichnis

Seite

Begrüßung

PROF. DR. PHIL. HABIL. HANS JÜRGEN WENDEL Rektor der Universität	9
---	---

Laudatio

PROF. DR. PHIL. HABIL. WERNER MÜLLER Dekan der Philosophischen Fakultät	15
--	----

Festvortrag

PROF. DR. PHIL. HABIL. NIKOLAUS WERZ Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaft „Die Parteien in den neuen Bundesländern“	25
--	----

Dankrede

RECHTSANWALT DR. H. C. PETER SCHULZ „Ich will und werde mich auch in Zukunft ‚einmischen‘ ...“	49
---	----

Begrüßung



Rektor Prof. Wendel bei seinem Grußwort

Mit der Verleihung der Ehrendoktorwürde an Herrn Peter Schulz würdigt die Philosophische Fakultät ein weit gefächertes wissenschaftliches, pädagogisches, publizistisches und politisches Lebenswerk. Dieses Lebenswerk ist ohne den Rückblick auf seine Familie und vor allem seinen Vater, den ersten und einzigen frei gewählten Oberbürgermeister Rostocks der Nachkriegszeit, nur unvollkommen verständlich.

Herr Peter Schulz wurde 1930 in Rostock geboren. Er stammt aus einem politisch engagierten, sozialdemokratischen Elternhaus und wuchs in einer unruhigen Zeit auf. Seine familiären Wurzeln sowie die Herkunft aus dem Rostocker Arbeitermilieu prägten Peter Schulz bis heute ganz entscheidend. Der Vater Albert Schulz – Landtagsabgeordneter in Mecklenburg-Schwerin – wurde 1933, im Jahr der Machtergreifung der NSDAP, gleich zweimal verhaftet. Wenngleich ihm der von der Anklage vorgeworfene „Verdacht auf Hochverrat“ nicht nachgewiesen werden konnte, verlor Albert Schulz nicht nur seine Arbeit, sondern stand zudem auch unter ständiger Aufsicht der Polizei. Um seine Familie ernähren zu können, eröffnete er, dem Beispiel anderer Sozialdemokraten folgend, einen Zigarrenladen. Immerhin konnten durch diese unverdächtige Tätigkeit die Kontakte innerhalb der SPD aufrechterhalten werden.

Aber auch bei familiären Entscheidungen zeigte die Familie Schulz, was sie von den Nazis hielt. Der tägliche Einkauf wurde in den noch vorhandenen jüdischen Geschäften getätigt, und Peter Schulz besuchte

natürlich bis 1936 den Kindergarten der anerkannten jüdischen Pädagogin Marie Bloch, von den Kindern liebevoll Tante Mieke genannt. Die „75-Prozent-Jüdin“ verhungerte 1944 im KZ Theresienstadt.

Dieses Elternhaus immunisierte Peter Schulz schon als Kind gegen die Nazi-Ideologie, förderte zugleich den Blick für weltanschauliche Pluralität und Weltoffenheit – in einer Zeit, als die Mehrheit der Deutschen nationalistischem Chauvinismus und rassistischer Überheblichkeit verfielen.

Bis zum 20. Juli 1944 hatte Albert Schulz Kontakt zu dem Widerstandskreis um Julius Leber. Nach dem misslungenen Attentat auf Adolf Hitler geriet Schulz abermals in Lebensgefahr, als er von der Gestapo während der Aktion „Gewitter“ verhaftet wurde. Aus Mangel an Beweisen musste er wieder freigelassen werden.

Nach dem Krieg wurde Albert Schulz Oberbürgermeister von Rostock. Die sowjetische Besatzungsmacht verhinderte zuvor die Wahl von Albert Schulz zum Landesvorsitzenden der SPD – er war ihnen nicht „fügsam“ genug. Die ersten politischen Bemühungen von Peter Schulz fielen in diese Zeit: Es war die harte, von Seiten der Besatzungsmacht und der Kommunisten mit allen Mitteln bis hin zu Terror, Gewalt und Zwang geführte Auseinandersetzung um die Zwangsvereinigung von Kommunisten und Sozialdemokraten zur SED, die sich schnell zur Staatspartei der DDR entwickelte. Albert und auch Peter Schulz haben einen wichtigen Anteil an einem auch in Westdeutschland wahrgenommenen Fanal des Freiheitswillens der ostdeutschen Sozialdemokratie. Die zur Legende gewordene Resolution der Rostocker SPD zu einer Urabstimmung über diese Vereinigung vom 6. Ja-

nuar 1946, die ja nichts anderes als eine klare Ablehnung der SED war, entstand am Küchentisch der Familie Schulz. Peter Schulz hatte die abschließende Reinschrift besorgt. Eine Panne im Zensurapparat der Besatzungsmacht machte diese Resolution noch deutschlandweit bekannt.

Albert Schulz konnte dank seiner organisatorischen Fähigkeiten zur Überwindung der härtesten Kriegsfolgen in der Stadt beitragen. Er wurde rasch zu einem äußerst populären Politiker, dessen Ansehen den Kommunisten ein Dorn im Auge war. Die Sowjetische Besatzungsmacht „dankte“ es ihm 1947 mit einer Verhaftung wegen angeblicher Spionage und einer Verurteilung zu 10 Jahren Zwangsarbeit. Durch die Proteste in der Rostocker Arbeiterschaft und aufgrund seiner großen Popularität sah kein geringerer als der SED-Vorsitzende Wilhelm Pieck, der spätere Präsident der DDR, sich genötigt, die sowjetischen Machthaber um die Freilassung von Albert Schulz zu bitten. Allerdings unterstellte er wahrheitswidrig eine Rechtsverletzung von Albert Schulz.

Nach einem Jahr freigelassen und zur „Bewährung“ aus Rostock weg zur Verbannung vorgesehen, wurde im Sommer 1949 die Situation für die gesamte Familie Schulz in Rostock unhaltbar. Als einziger Ausweg erschien die Flucht nach West-Berlin.

Peter Schulz begann sein Studium im Wintersemester 1949/50 an der Technischen Universität in Berlin. Im Frühjahr 1950 siedelte er nach Hamburg über und studierte bis 1954 Rechtswissenschaften an der dortigen Universität. Nach dem Referendariat und der Großen Staatsprüfung wurde er 1959 zur Anwaltschaft zugelassen. Schon ein Jahr

später gründete er die Sozietät Schulz Noack Bärwinkel, die seit 1990 auch in Rostock und seit 1995 auch in Shanghai Kanzleien eröffnete. Parallel zur beruflichen Karriere engagierte Peter Schulz sich in der Sozialdemokratie und blieb den Einstellungen seiner Familie treu. Nach der Flucht 1949 nahm er seine Mitgliedschaft in der SPD wieder auf. 1954 wurde er Bundesgeschäftsführer des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes, damals die Studentenorganisation der Sozialdemokratie. Er folgte damit dem Vorbild eines bedeutenden Hamburger Sozialdemokraten, der später einer seiner wichtigsten Freunde und Gesprächspartner wurde: Helmut Schmidt. Ein Vierteljahrhundert – von 1961-1986 – war Peter Schulz Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft und seit 1978 deren Präsident. Es folgen Funktionen in der Hamburger Regierung: Bereits mit 36 Jahren wurde er Justizsenator, 1970/71 Zweiter Bürgermeister und mit 41 Jahren Erster Bürgermeister sowie Präsident des Hamburger Senats.

Besuche in der DDR waren für Peter Schulz gefährlich. Die Staatssicherheit registrierte jeden seiner Schritte und setzte sogar in der Bundesrepublik Spitzel auf die Familie an. Mit dem Fall der Grenzen zögerte Peter Schulz keinen Augenblick; er besuchte seine Heimatstadt regelmäßig und engagierte sich für ihren Wiederaufbau. Zeitweilig nahm der naturalisierte Hamburger auch seinen Wohnsitz in seiner Heimatstadt. Das Engagement von Peter Schulz gilt seit der Herstellung der deutschen Einheit nicht zuletzt den Belangen Rostocks und des Landes Mecklenburg-Vorpommern. Seit 1990 beriet er den Oberbürgermeister der Hansestadt Rostock. Von 1992-1997 war er Honorkonsul des Königreichs Norwegen für Mecklenburg-Vorpommern

und 1995-1998 Präsident des Anwaltsgerichtshofs des Landes.

Peter Schulz ist eine überaus erfahrener Politiker und Rechtsanwalt mit weit reichenden Kontakten. Er setzte sich in den letzten Jahren nicht nur für die Förderung von Wissenschaft, Forschung und Hochschulbildung ein, sondern beriet die Universität Rostock immer wieder in außeruniversitären Angelegenheiten. Er war und ist für die Universität Rostock ein verlässlicher und stets aktiver Ansprechpartner. Das wird hoffentlich auch noch eine Reihe von Jahren so bleiben.

Laudatio



Dekan Prof. Müller bei seiner Laudatio

PROF. DR. PHIL. HABIL. WERNER MÜLLER

Magnifizenz,
Spectabiles,
sehr geehrte Damen und Herren,
und vor allem,
sehr verehrter Herr Schulz,

Die Universität Rostock ehrt Herrn Peter Schulz aus drei wesentlichen Gründen. Zum ersten hat sich Peter Schulz über alle Jahre seit der Wende kontinuierlich für die Belange der Universität Rostock eingesetzt, indem er historische Forschungen initiierte und förderte, zum zweiten hat er selbst ein beachtliches wissenschaftliches Werk vorzuweisen und zum dritten engagierte er sich auf dem Feld der politischen Bildung.

Zum ersten: Zur Förderung von Forschung und politischer Bildung rief er die nach seinem Vater benannte Stiftung ins Leben, die sich seit Jahren der Geschichte und den aktuellen Problemen der Demokratie und der demokratischen Parteien in Mecklenburg widmet. Hier wie auch als Vorsitzender des Kuratoriums der Helmut und Loki Schmidt-Stiftung fördert er beharrlich die Auseinandersetzung mit der deutsch-deutschen Geschichte seit dem Zweiten Weltkrieg. Aus diesen Aktivitäten resultiert eine wissenschaftliche Biografie über seinen Vater Albert Schulz sowie weitere Mecklenburger Sozialdemokraten und schwergewichtige Studien zum Wirken Helmut Schmidts.

Das unterstreicht das überragende Interesse von Peter Schulz an Forschungen zur Geschichte der Arbeiter- und sozialen Bewegung und

ihren Trägern. Sein Interesse an den Persönlichkeiten und deren Biographien liegt „quer“ zum Mainstream der Arbeiten auf diesem Feld. Der studierte Jurist zeigt hier auch Mut zu eingeständigem Herangehen an historische Fragen und orientierte sich nicht unbedingt am vielbeschworenen Zeitgeist. Die Albert-Schulz-Stiftung pflegt seit langem eine enge Zusammenarbeit mit der Universität Rostock, insbesondere mit dem Historischen Institut und der Universitätsbibliothek. Es wurden am Historischen Institut Forschungsvorhaben zur Geschichte der SPD und der ihr nahe stehenden Gewerkschaften in Mecklenburg-Vorpommern direkt gefördert. So entstanden und entstehen noch Arbeiten zur Geschichte der Sozialdemokratie in Waren an der Müritz sowie in Güstrow. Eine Untersuchung zur sozialdemokratischen Kulturpolitik in Rostock in der Weimarer Republik ist gerade erschienen. Des weiteren wird derzeit ein Lexikon mecklenburgischer und pommerscher Landtagsabgeordneter erarbeitet. In diesem größeren Vorhaben fördert die Albert-Schulz-Stiftung die Rekonstruktion und Sicherung biographischer Daten mecklenburgischer Abgeordneter, die in der Nazizeit und während der kommunistischen Diktatur verfolgt wurden. Ferner ist es Peter Schulz zu verdanken, dass wesentliche Dokumente zu den Schauprozessen gegen führende Sozialdemokraten sichergestellt werden konnten.

Das andere „Standbein“ der Unterstützung der Universität Rostock durch die „Albert Schulz-Stiftung“ bildet die Sammlung derjenigen Literatur, die aus politischen Gründen vor 1989 nicht von der Universitätsbibliothek erworben werden konnte. Es wird niemanden verwundern, wenn hier auch die demokratische Arbeiter- und soziale

Bewegung im Mittelpunkt steht, ohne dass jedoch andere Sammelgebiete ausgeschlossen sind. Dadurch konnte an der Universitätsbibliothek ein schmerzliches Literaturdefizit, das nach zwei Diktaturen entstanden war, wesentlich eingeschränkt werden. Ein nach außen hin sichtbarer Höhepunkt dieser Tätigkeit war ohne Zweifel die Eröffnung der Sozialdemokratischen Bibliothek in der Fachbibliothek Geschichte am 20. Februar 2002 durch Bundeskanzler a. D. Helmut Schmidt.

Das zweite Feld seiner Aktivitäten ist nicht weniger bedeutsam, nämlich Herrn Schulz' eigene wissenschaftliche Publikationstätigkeit.

Als seine wichtigste historische Darstellung ist zweifellos das 1989 erschienene Buch „Ursprünge unserer Freiheit. Von der amerikanischen Revolution zum Bonner Grundgesetz“ anzusehen. Der Verfasser hebt in dieser prägnanten Monografie die Bedeutung der Staatsbildung in den USA einschließlich der Erarbeitung und Verabschiedung ihrer Verfassung als Vorbild für Westeuropa und besonders für Deutschland hervor. Systematisch und präzise wird der Einfluss sowohl der amerikanischen als auch der französischen Konstitutionen auf das Verfassungswerk des Paulskirchen-Parlaments 1848/49 nachgezeichnet sowie deren Vorbildwirkung auf die Weimarer Reichsverfassung und das Bonner Grundgesetz. Die Darstellung zeugt von gründlicher Kenntnis der Quellen und der einschlägigen historischen Fachliteratur. Zugleich ist sie ein Beleg souveräner interdisziplinärer Forschung: Der Verfasser zeigt sich sowohl auf dem Gebiet der juristischen wie der historischen Methodologie zu Hause.

Peter Schulz ist selbstverständlich auch auf anderen Themenfeldern ausgewiesen. Dazu zählt nicht zuletzt ein in der Forschung bis heute

aktuelles Problem, das darüber hinaus seinen eigenen Lebensweg, wie es Magnifizenz vorhin angesprochen hat, berührt. Es handelt sich, Sie werden es nicht anders erwarten, um das Problem der Zwangsvereinigung der Arbeiterparteien (so wie sich die beiden linken Parteien nach dem Zweiten Weltkrieg selbst sahen) in der Sowjetischen Besatzungszone. Peter Schulz hat dazu mehrere Veröffentlichungen vorgelegt. Sie schließen unterschiedliche Ebenen ein: die des intimen Kenners der Quellen und sein Wissen als Zeitzeuge.

Ich möchte hier an dieser Stelle eine persönliche Bemerkung einfügen. Ich lernte Herrn Schulz im Jahre 1995 und dann 1996 näher kennen. Die erste Gelegenheit, eine Feier im Rathaus, galt dem 100. Geburtstag seines Vaters Albert Schulz, des Nachkriegs-Oberbürgermeisters. Wenn ich von meiner Abschweifung vom Thema noch einmal abschweifen darf, kann ich nur sagen, dass es mich befremdet, dass diese Stadt ihres damaligen Oberbürgermeisters nicht intensiver gedenkt. Sie hätte allen Grund dazu, so nach der unmaßgeblichen Meinung eines Historikers.

Die zweite Gelegenheit die Bekanntschaft mit Peter Schulz zu vertiefen, ergab sich in einer Sitzung der Enquete-Kommission des Landtages. Sie galt dem 50. Jahrestag der Zwangsvereinigung 1996. Hier hatte ich Gelegenheit, gemeinsam mit Peter Schulz eine Reihe von Problemen und Facetten der Zwangsvereinigung zu beleuchten. Das Ganze mündete dann auch in eine schöne Publikation der Landeszentrale für politische Bildung.

Sein weiteres großes publizistisches Engagement galt einem Problem an der Schnittstelle von Geschichte, Politikwissenschaft und Verwal-

tungswissenschaft, nämlich dem Neuaufbau der Verwaltung im Zuge der Eingliederung der DDR-Verwaltung in das vereinte Deutschland. Er analysierte die strukturellen und personellen Probleme aus der Unterbrechung demokratischer Traditionen und Erfahrungen nach 56 Jahren diktatorischer Herrschaft und leitete daraus die Forderung nach Verwaltungshilfe aus den westlichen Bundesländern ab. Er sah das in einem solchen Maß für erforderlich an, dass es zu einem „Rückgang an öffentlicher Dienstleistung in den Altbundesländern“ hätte führen müssen..

Einen weiteren Schwerpunkt des wissenschaftlichen Werkes von Peter Schulz stellen seine Beiträge zur juristischen und staatsrechtlichen Praxis dar. Präzise Kenntnis der einschlägigen Bestimmungen und die Fähigkeit zu klarer Darstellung komplexer juristischer Sachverhalte zeigen ein umfangreicher Handbucheintrag zum Parlamentsrecht der deutschen Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg. Hier wird selbst für den juristischen Laien die methodische Breite seiner Publikationen deutlich. Peter Schulz zeigt solide historische, insbesondere verfassungshistorische Kenntnisse und zugleich ein tiefes Verständnis lokaler und regionaler Parlamentstraditionen. Der Vergleich ist für den Historiker allemal erhellend, vermag er doch die jeweiligen Spezifika der Stadtstaaten deutlicher hervortreten zu lassen.

Das dritte Feld seiner wissenschaftlichen und publizistischen Aktivitäten, seine Bildungs- und Vortragstätigkeiten, seien hier nur der Vollständigkeit halber am Rande erwähnt. Dass sie in ihrem Themenspektrum die oben genannten Bereiche erschließen, kann nicht weiter verwundern. Aber ich als gelegentlicher Zuhörer will und muss dem

Redner Peter Schulz meinen Respekt zollen. Die Klarheit der Sprache und die Prägnanz seiner Argumente ist ein wichtiges Moment, das Zuhören attraktiv macht. Das hebt ihn positiv aus der großen Zahl von Politiker-Reden und auch wissenschaftlich Vortragenden heraus.

Peter Schulz ist zweifelsfrei ein Politiker und - im Sinne des Wortes - Staatsmann sowie äußerst kompetenter Jurist, der zugleich eine hohe Sensibilität für die historische Dimension der politischen und rechtswissenschaftlichen Praxis ausgebildet hat und dies auch theoretisch immer wieder reflektiert. Mit der Verleihung der Ehrendoktorwürde an Peter Schulz zollt die Universität Rostock großen Respekt nicht nur einem Politiker und Wissenschaftler, der die demokratischen Traditionen und die Auseinandersetzung mit den Diktaturen erforscht, sondern auch einem Mann, der intensiv Bildungsarbeit aus humanitärem Geist betreibt und fördert.

Festvortrag



Prof. Werz bei seinem Festvortrag

Die Parteien in den neuen Ländern

1. Vorbedingungen, friedliche Revolution 1989/90 und Vereinigung
2. Selbstverständnis und Merkmale der Parteien
3. Parteiensysteme und Koalitionen in den Ländern seit 1990
4. Bilanz und Ausblick

Nach einer vergleichsweise starken Präsenz in der ersten gesamtdeutschen Regierung 1990 schienen die Parteien und Politiker aus den neuen Ländern in den darauf folgenden Jahren an Bedeutung zu verlieren. Mittlerweile wird die Bundesrepublik Deutschland von der Kanzlerin Angela Merkel regiert, die seit 2000 Vorsitzende der CDU ist, Matthias Platzeck führte 2005/06 für einige Monate die SPD an, obwohl er erst 1995 in die Partei eintrat. In einem politischen Magazin heißt es dazu: „Die Berliner Republik hat den kulturellen Schwerpunkt unseres Landes ins Nordelbische verschoben. Ins Protestantische, ins Rationale und Kollektive.“¹ Gleichwohl: Die vorübergehende Dominanz von Politikern aus Ostdeutschland in den Spitzenpositionen kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Parteien im Osten Deutschlands erheblich schwächer sind und andere Erscheinungsformen annehmen als im Westen.

Mit Blick auf den Forschungsstand kann festgestellt werden: Während vom Transformationsprozess und von Ostdeutschland als „überforschter Landschaft“² gesprochen wird, kommen die Parteien nur am

Rande vor. Anfang der 1990er Jahre wurde zunächst vermutet, dass sich die Parteien im Osten schnell den West-Gruppierungen angleichen würden.³ In der zweiten Hälfte der 90er Jahre wurde verstärkt auf die Unterschiede zwischen den Parteien in den alten und den neuen Ländern hingewiesen und sogar die vergleichende Methode zu ihrer Analyse vorgeschlagen.⁴ Es folgten allerdings keine ausführlichen Studien dazu, entsprechende Aufsätze können in den jeweiligen Landesstudien und der auch in dieser Hinsicht sehr ergiebigen Zeitschrift für Parlamentsfragen (ZParl) aufgefunden werden. Aufgrund ihrer relativen Schwäche, dem Fehlen von für die gesamte deutsche Gesellschaft wichtigen Debatten und dem zunächst nicht vorhandenen Spitzenpersonal liegen kaum Untersuchungen zu den Parteien in Ostdeutschland vor. In Büchern zum Zustand von Politik und Parteien in Deutschland steht im übrigen die Bundesebene im Vordergrund.⁵

1. Vorbedingungen, friedliche Revolution 1989/90 und Vereinigung

In der DDR waren nach offiziellen Zahlen 2,8 Mio. Personen Mitglied der SED oder einer der Blockparteien. Die Geschichte unabhängiger und freier Parteien setzte erst 1989/90 wieder ein. Beim politischen Umbruch spielten die Bürgerbewegungen und der kirchliche Raum anfangs eine wesentlich wichtigere Rolle als die Parteien, deren Vorgeschichte auf das von der SED beherrschte System der Blockparteien zurückgeht. Die Transformation der (Block)-Parteien und anderer Verbände lässt sich mit dem Satz vom „Transmissionsriemen zur Freiwilligkeit“ umschreiben. Neben den aus der Bürgerbewegung hervorgegangenen Gruppierungen und den aus dem „sozialistischen

Mehrparteiensystem“ transformierten Parteien muss als drittes die Gründung von neuen, nicht in der Opposition des Herbstes 1989 verankerten Parteien erwähnt werden.⁶

Mit der im Verlaufe des Jahres 1990 rasant vollzogenen institutionellen Vereinigung via Beitritt zur Bundesrepublik Deutschland war für die Parteien der Weg in gewisser Hinsicht vorgezeichnet. Im Unterschied zu osteuropäischen Ländern griffen die oppositionellen Gruppen nicht nach der Macht und gelangten zunächst auch in den meisten neuen Ländern nicht an die Regierung, gleichzeitig war der Einfluss externer Kräfte bzw. von Schwesterparteien sehr viel größer.⁷ Anders als die sozialen Bewegungen sind Parteien jedoch stärker in das politische System integriert und unterlagen damit auch den institutionellen Rahmenbedingungen, die in den neu bzw. wieder gegründeten Ländern übernommen wurden. Insofern ergab sich die formale Tendenz zur Vereinheitlichung der Parteiensysteme in Ost- und Westdeutschland neben dem in den Wahlen 1990 manifest gewordenen Wunsch nach schneller Vereinigung aus

- dem Wahl- bzw. dem Parteienrecht,
- der Wettbewerbssituation im Parteiensystem
- sowie schließlich der Regierungsbildungsfunktion.⁸

Formal entstand in Deutschland ein einheitliches Parteiensystem mit übergreifenden Organisationen, das sich auf den ersten Blick gegenüber der Lage vor 1989, wenn man von der PDS als ostdeutscher sozialistischer Regionalpartei einmal absah, wenig unterschied. Erst nach den Wahlen von 1994 wurden die anders gelagerten Einstellungsmuster und Mentalitäten bei den Mitgliedern in Ost und West

sichtbar.⁹ Allerdings weisen die Organisationen sowohl in der Mitgliedschaft als auch bei den Parteistrukturen und den handelnden Personen Unterschiede auf:

An erster Stelle sind die niedrigeren Mitgliederzahlen zu nennen. Alle ehemaligen Bockparteien erlebten in Ostdeutschland einen dramatischen Personalschwund, nachdem sie einen Teil ihrer bisherigen Funktionen verloren hatten, die für die Mitglieder mit gewissen gesellschaftlichen Vorteilen oder Erleichterungen verbunden sein konnten.¹⁰ Insofern präsentiert sich der Verlauf unter Berücksichtigung der Mitgliederentwicklung als „Weg aus dem Parteienstaat“.¹¹ Während der Anteil ostdeutscher Parteimitglieder an der Gesamtmitgliedschaft 1990 noch bei 22,7% lag, sank er bis Ende 2004 auf 9,4%.¹² Gerade bei den Kommunalwahlen haben die Parteien Schwierigkeiten, genügend eigene Kandidaten aufzustellen. Insofern ist die vergleichsweise hohe Zahl von Parteilosen auf den Listen weniger ein Indiz für den Willen zur Öffnung, sondern eher ein Zeichen des Mangels.¹³

Ein weiterer Unterschied liegt in der Sozialisation der Mitglieder. In Ostdeutschland sind andere Biografien und Lebensgeschichten vorhanden, auch der Parteialltag sieht anders aus als in den alten Ländern. Für eine ruhige Entwicklung blieb keine Zeit. Schnell und ohne Vorbereitung mussten einzelne Personen hohe politische Ämter übernehmen, weshalb für die Zusammensetzung der ersten Parlamente häufig auch die Bezeichnung „Laienschauspieler­schar“ bemüht wurde.

2. Selbstverständnis und Merkmale der Parteien

Als Folge der SED-Herrschaft hat das Wort Partei im Osten nach wie vor einen negativen Klang.¹⁴ Durch den Traditionsbruch besitzen CDU und SPD in den neuen Ländern kein ausgeprägtes Verhältnis zur eigenen Parteigeschichte. Zwar wurde von den parteinahen Stiftungen und einzelnen Personen u. a. solchen, die in die Bundesrepublik flüchten mussten, der Versuch unternommen, die Geschichte aufzuarbeiten und die Rolle einzelner Demokraten wieder ins Bewusstsein zu bringen; diese Bemühungen waren jedoch nur teilweise von Erfolg gekrönt. In den verschiedenen Landesverbänden wurde der zehnte oder fünfzehnte Jahrestag von 1990 kaum wenig genutzt, um die eigene Geschichte zu beleuchten.¹⁵

Die emotionale Identifikation ist möglicherweise bei den Mitgliedern von früheren Blockparteien auch deshalb geringer, weil nicht alle aus freier Entscheidung in eine politische Organisation eintraten. Da gesellschaftliche Gruppen im Zuge der Deindustrialisierung und des Transformationsprozesses an Bedeutung verloren, z.B. die Gewerkschaften, ist auch die Verbindung zwischen den Parteien und gesellschaftlichen Großorganisationen weniger ausgeprägt als im Westen. Die Parteien sind im Rahmen von Strukturhilfeprogrammen auf Zuwendungen aus der alten Bundesrepublik angewiesen. Der Grund liegt in der Mitgliederzahl (siehe Schaubild/Tabelle) und dem geringen Mitgliederaufkommen. Wer in Ostdeutschland heutzutage in eine Partei eintritt, weiß zumeist schon, dass er relativ bald mehr als ein Amt zu übernehmen hat. Im Vergleich zu den alten sind die neuen Bundesländer im Bereich des Parteiapparates sogar etwas besser aus-

gestattet als im Westen. Zu einem erheblichen Teil wird das Parteileben aber auch von diesen Mitarbeitern bzw. den Abgeordneten der Landtage getragen, weshalb von Fraktions- oder Rahmenparteien gesprochen wird. Von daher ist der Trend zum Berufspolitiker ausgeprägter als im Westen. Der Typus der Massenintegrationspartei löst sich auf, es geht in Richtung wahl-professionalisierter Verbände. Während in den alten Ländern bei CDU und SPD nach wie vor von Volksparteien gesprochen werden kann, ist dies zumindest bei der SPD in den neuen Ländern zum Teil schwierig. „Unter diesen Bedingungen neigen die Strategen in den Parteien mehr dazu, sich auf die kurzfristige und mediengestützte Präsentation aussichtsreicher Kandidaten zu konzentrieren.“¹⁶ In erster Linie zählt die Popularität der Spitzenkandidaten, die Parteien könnten sich zu „Kanzler- oder Ministerpräsidenten-Wahlvereinen“ entwickeln, der Osten sozusagen eine Vorreiterrolle für ganz Deutschland einnehmen.¹⁷

Der geringe Prozentsatz von Ostmitgliedern hat insofern unmittelbare Folgen, als er zu einer geringeren Repräsentanz der Bürger aus den neuen Ländern in den Führungsgremien führt. Dies erfolgt trotz der Tatsache, dass zumindest bei der Regierungsbildung 1990 im Bund ostdeutsche Politiker entsprechend berücksichtigt wurden und auch die Potsdamer Elitestudie eine relativ starke Präsenz von Vertretern der Bürgerbewegung in den neuen Ländern feststellte,¹⁸ wobei die ostdeutsche Elite in den Sektoren Wirtschaft, Verwaltung, Justiz und Militär unterrepräsentiert bleibt. Verstärkt wird dieser Eindruck durch die Tatsache, dass bis 2005 nur wenige ostdeutsche Politiker in der Medienöffentlichkeit präsent waren; als gern gesehener Talkshowgast

nahm Gregor Gysi für einige Zeit fast eine Art Monopol in der Außen-
darstellung ein. Früher noch als in den alten zeigte sich in den neuen
Bundesländern die Tendenz, dass gerade jene Repräsentanten sich
großer Beliebtheit erfreuen, die ihre Parteionabhängigkeit zelebrieren.

Anfang der 90er Jahre wurde das Parteileben weitgehend von der
Entwicklung im nationalen Rahmen bestimmt. Die **CDU** besaß als Par-
tei der deutschen Einheit gewisse Vorteile, seit den zweiten Land-
tagswahlen 1994 zeichnete sich indessen ab, dass die PDS entgegen
vorschneller Erwartungen keine Partei des Verschwindens sein würde.
Der CDU wurde seit Mitte der 90er Jahre, als die Härten des Trans-
formationsprozesses deutlich wurden, sowohl von der PDS als auch
der SPD vorgeworfen, lediglich ein Vollstrecker der Bonner Politik zu
sein. Christdemokraten gerieten durch diese Situation etwas in die De-
fensive, zumal es angesichts der Vorherrschaft sozialistischer bzw. so-
zialstaatlicher Vorstellungen in den neuen Ländern (zumindest im
Norden) ohnehin schwierig für CDU-Mitglieder oder Anhänger war,
sich zu ihrer Partei zu bekennen. Einer der wenigen Versuche zur
Standortbestimmung bzw. zur Verbesserung der politischen Aussich-
ten der Union war das sog. Rehberg-Papier vom Januar 1996. Der da-
malige Fraktionsvorsitzende der CDU im Schweriner Landtag hatte
seinen Beitrag zur Werte- und Strategiedebatte „CDU 2000“ in Meck-
lenburg-Vorpommern – so der Untertitel – unter die Überschrift „I-
dentitätsgewinn im Aufbau Ost“ gestellt. Er konstatierte und kriti-
sierte das Ausbleiben einer gesamtdeutschen Werte- und Reformde-
batte nach 1989. In MV scheine sich auf längere Zeit ein Drei-Parteien-
system zu festigen, in dem die CDU die einzig berechenbare politische

Kraft darstelle. Von einer Zusammenarbeit zwischen SPD und der PDS müsse nach den Landtagswahlen 1998 und in Zukunft ausgegangen werden, allerdings sei das Wählerpotential der PDS überwiegend „konservativ“ strukturiert, da es auf Sicherheit, Stabilität und Kontinuität abziele. Daran gelte es anzuknüpfen und gleichzeitig das „Nichtwählerpotential“ zu erschließen, die „regionale Identität der Bevölkerung weiter zu stärken, das soziale Wohlbefinden und das Gemeinschaftsgefühl zu fördern.“¹⁹ Diese von einzelnen CDU-Politikern in Ostdeutschland damals ebenfalls vorgetragenen Ansichten zielten nicht zuletzt auf die Wähler- und Anhängerschaft der PDS. Der vor allem in der überregionalen Presse aufgegriffene Denkanstoß stieß jedoch auf ablehnende Reaktionen des damaligen CDU-Generalsekretärs Peter Hinze.

Die SPD war eine Neu- bzw. Wiedergründung in den neuen Ländern. Denn die SED-Diktatur markierte einen Traditionsbruch in der unabhängigen Parteiengeschichte. Während die Sozialdemokraten, die zwischen 1933 und 1945 nicht inhaftiert wurden, als Solidargemeinschaft sozusagen überwintern konnten, war dies nach 1946 nicht mehr möglich: Nun verlief der Riss quer durch das früher homogene Milieu. Waren die einen Anhänger des neuen Systems, so lehnten es andere aus sozialdemokratischen Motiven ab.²⁰ Unter der 40-jährigen SED-Herrschaft konnte das SPD-Milieu nicht überleben. Die Erfahrung freier Gewerkschaften, Konsumgenossenschaften, Arbeitersport- und Bestattungsvereine bis hin zu frei gewählten Betriebsräten ging verloren. Erst im Zuge der Entspannungspolitik kam es ansatzweise zu einer Wiederaufnahme der Beziehungen zur SPD in der Bundesrepu-

blik. Denn in der Spätphase der DDR wurden Kontakte zwischen den nordostdeutschen und westdeutschen Städten geknüpft, wobei SPD-regierte Städte eine Vorreiterfunktion übernahmen.

Während ein Teil der ehemaligen Funktionselite der DDR in der PDS und den vormaligen Blockparteien ihre politische Heimat fand, ist die SPD weitgehend eine Partei neuer Kräfte.²¹ Die Gründung der SDP am 7. Oktober 1989 in der DDR stellte eine Absage an die SED und eine Alternative dar. Zwar sah sich die SDP auch in der Tradition der alten Sozialdemokratie, dieser Aspekt stand jedoch zunächst nicht im Vordergrund, ebenso wenig wie der Wunsch, völlig in die SPD überzugehen. „Wir haben auch Euch nicht gefragt“, sagte Markus Meckel, damals Zweiter Sprecher des Vorstands der SDP beim Programm-Parteitag Ende 1989 in Berlin.²² Um einer befürchteten Inbesitznahme des Parteinamens zumindest durch einen Teil der SED zuvorzukommen, nannten sich die Rostocker Sozialdemokraten nach einem Besuch von Willy Brandt am 6. Dezember 1989 in der Marienkirche in SPD um.²³ Bei den Wahlen 1990 war der Anteil von einheimischen Spitzenkandidaten – mit der Ausnahme von MV – bei der SPD hoch. Dabei mag auch eine Rolle gespielt haben, dass ein Teil der westdeutschen SPD eine zögerliche Rolle gegenüber dem Vereinigungsprozess einnahm.

Die Nähe eines Teils der eigenen Wähler zum PDS-Milieu erwies sich indessen in der ersten Hälfte der 1990er Jahre als ein Problem für die ostdeutschen Sozialdemokraten. Denn die Annäherung und ab 1998 die Koalition zwischen SPD und PDS in Mecklenburg-Vorpommern sowie 2000 in Berlin, die in Teilen der Öffentlichkeit der alten Bundesländer als Tabubruch empfunden wurde, erschien der Mehrheit im

Osten als eine Normalisierung. Sie hat deshalb vor Ort wesentlich geringere Kontroversen und kaum inhaltliche Diskussionen hervorgerufen. Die Zusammenarbeit von SPD und PDS stellt im übrigen eine Reaktion auf die Tatsache dar, dass die neu gegründete SPD in Ostdeutschland Anfang der 90er Jahre keine Personen mit vorheriger SED-Mitgliedschaft aufnehmen wollte, was das Wachstum der SPD einschränkte und mit zur Stärkung der PDS beitrug.

Der Kurs der SPD fällt in den einzelnen Ländern unterschiedlich aus. In Sachsen befindet sie sich mittlerweile in einer Minderheitenposition. Vergleichsweise komfortabel ist dagegen ihre Lage in MV, wo sich die SPD zwischen der CDU auf der rechten und der PDS auf der linken Seite verortet. Dementsprechend sind Themen landespolitisch besetzt. In Brandenburg und jetzt auch in MV hat die SPD in jüngster Zeit vor allem die Abwanderung und den demografischen Wandel aufgegriffen.

Der **PDS** gelang es nicht zuletzt aufgrund des Führungspersonals aus ihrer schlechten Situation Anfang der 90er Jahre wieder herauszukommen. Gysi war nicht unmittelbar kompromittiert, im Unterschied zum Kleinbürger-Image der DDR wirkte er bei seinen Auftritten im Fernsehen eher wie ein Postmaterialist.²⁴ Er verkörperte den Kampf David gegen Goliath, überdeckte die Überalterung der Parteimitglieder durch betont jugendliche Auftritte und stellte seine eigene Person in den Vordergrund.²⁵ Sein Nachfolger Lothar Bisky erschien ein wenig als der gute „Herbergsvater“ seiner Organisation. In Kooperation mit Gysi gelang es ihm jedoch den Höhenflug der Partei fortzusetzen. Der Versuch der PDS zu einem Generationenwechsel im Jahr 2000, der

in der Übernahme des Parteivorsitzes durch Gabi Zimmer zum Ausdruck kam, scheiterte. „Zonen-Gabi“ entfaltete keine Ausstrahlungskraft, mit ihrem vergleichsweise angepassten Werdegang war sie in der Mediendemokratie schwer vermittelbar.²⁶ Nachdem Lothar Bisky 2003 erneut den Parteivorsitz übernahm, Gysi seinen selbst gewählten Rücktritt rückgängig machte und die Hartz IV-Maßnahmen im Osten für Unmut sorgen, konnte die PDS wieder Stimmen gewinnen.

Die **kleineren Parteien** haben es in diesem Kontext außerordentlich schwer. Sie erzielten allenfalls punktuelle Erfolge, wobei bei den ersten Wahlen die Bekanntheit einzelner Spitzenpolitiker der alten Bundesrepublik, die aus der DDR stammten, eine Rolle spielte. Der prominenteste Fall ist Hans Dietrich Genscher, der in Halle für ein Direktmandat der **FDP** sorgte. Bei den Liberalen lässt sich mittlerweile ein gewisser Anhang bei Menschen jüngeren und mittleren Alters feststellen, die für eine marktwirtschaftliche Orientierung eintreten.

Bündnis 90/Die Grünen zeigen nach wie vor kein stärkeres Wachstum. Selbst in den Universitätsstädten, wo sich mittlerweile ein postmaterialistisches bzw. alternatives Milieu herausbildet, erzielen sie bei Bundes- und Landtagswahlen selten mehr als 5%. Das Friedensthema ist sowohl von der PDS als auch der SPD besetzt, die ökonomischen Fragen überwiegen im Osten und postmaterialistisch eingestellte Jugendliche dürften häufig in Großstädte wie Berlin bzw. in den Westen abwandern.

3. Parteiensysteme und Koalitionen in den Ländern seit 1990

In erstaunlicher Geschwindigkeit haben sich in den neuen Ländern

regionale politische Traditionen herausgebildet. Dies unterstreicht, dass die Vorstellung von den Parteien als zentralistische Organisationen und monolitische Gebilde ohne regionale Differenzierung nicht zutrifft.²⁷ Spätestens nach den Landtagswahlen von 1998/99 wurde deutlich, dass sich die neuen Länder „in überraschend kurzer Frist als politischer Handlungsrahmen etabliert haben“.²⁸ Landesspezifische Gegebenheiten scheinen dabei eine mindestens ebenso wichtige Rolle zu spielen wie die sog. sozialstrukturellen Milieus und Hochburgen der Parteien. Auch in Koalitionsfragen besitzen sie mittlerweile einen relativ großen Spielraum. Regionale Disparitäten scheinen sich sogar zu verfestigen und das Regionalbewusstsein nimmt auch in den neuen Ländern zu.

Der Kurs der Parteien und die Regierungsbildungen zeigen seit 1990 eine zunehmende Koalitionsvielfalt. Dazu zählen schwarz-rote, schwarz-gelbe, rot-grüne, rot-rote Koalitionen, ferner eine Ampel-Koalition sowie Minderheitsregierungen.²⁹ Auch die Zahl der in den Länderparlamenten vertretenen Parteien hat zugenommen. Während sich vorübergehend eine Art Drei-Parteiensystem aus CDU, SPD und PDS zu verfestigen schien, bilden diese zwar nach wie vor die dominierenden Parteien, im sächsischen Landtag sind jedoch seit 2004 sechs Gruppierungen vertreten.

Die CDU dominiert im Süden Ostdeutschlands. Von 1990 bis 2004 regierte sie unangefochten Sachsen, danach musste sie eine „Koalition der Verlierer“ mit der SPD eingehen, die in ihrem einstigen Stamm-land nur 9,8% der Stimmen erreichte.³⁰ Auch in Thüringen nimmt die CDU eine hegemoniale Position ein. Eine zumindest in Ansätzen ähn-

liche Dominanz erreichte die SPD lediglich in Brandenburg. Dort amtierte zunächst Ministerpräsident Manfred Stolpe, dann erfolgte wie in Thüringen die Regierungsübergabe an einen jüngeren Politiker. Wechselhafter und schwieriger sind die Koalitionskonstellationen in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern. In Sachsen-Anhalt löste 2002 eine schwarz-gelbe Koalition unter Ministerpräsident Wolfgang Böhmer das sog. Magdeburger Modell einer von der PDS tolerierten Minderheitsregierung ab, auf die 2006 eine große Koalition folgte. Und in Mecklenburg-Vorpommern besteht seit 1998 die erste rot-rote Koalition der Bundesrepublik Deutschland.

Besonders bei den Europa-, den Landtags- und Kommunalwahlen sinkt die Wahlbeteiligung. Nachdem zunächst die PDS das Protestpotential auffangen konnte, sind seit den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt 1998 auch die DVU bzw. die NPD in Erscheinung getreten. Zwischen beiden Parteien besteht mittlerweile ein Abkommen über die jeweilige Teilnahme an der Wahl. Einiges deutet darauf hin, dass sich die Unzufriedenheit mit der jeweiligen Landesregierung nicht mehr zugunsten der größten Oppositionspartei auswirkt, sondern Gruppierungen zugute kommt, die in Opposition zum System stehen.

Deutschland weist innerhalb Westeuropas nach wie vor einen relativ hohen Organisationsgrad der Bürger auf. Dabei haben sich die politik- und die freizeitbezogenen Mitgliedschaften auseinander entwickelt. Im Zuge der De-Industrialisierung hat es in Ostdeutschland einen starken Rückgang gegeben, der vor allem zu Lasten der Gewerkschaften ging. So sank der Prozentsatz derjenigen, die in Interessen-

gruppen organisiert waren, zwischen 1992 und 1998 von knapp 40 auf 25%.³¹

Während also die traditionelle und auch die unkonventionelle Integration durch soziale Bewegungen in Ostdeutschland sinkt, hat im Bereich des Länderparlamentarismus eine Professionalisierung eingesetzt. Der Anteil der Menschen mit einem akademischen Abschluss in den Länderparlamenten fällt in Ostdeutschland noch höher aus als in Westdeutschland. Sie bilden damit die Bevölkerung und auch die Mitglieder ihrer Parteien nicht vollständig ab, insofern kann man auch in Ostdeutschland von Parteimitgliedern neuen Typs sprechen.³² Anders als in der alten Bundesrepublik handelt es sich jedoch nicht um „Lehrer-“ oder gar „Pastorenparlamente“. In sehr viel stärkerem Maße als im Westen waren Absolventen naturwissenschaftlich-technischer Berufe vertreten, während zunächst kaum Juristen auftauchten. Nicht wenige haben vor dem Studium eine Lehre absolviert, die religiöse Bindung spielt eine untergeordnete Rolle, ist jedoch in den Spitzenpositionen der Politik weitaus höher als der Querschnitt der Bevölkerung. Die meisten Landesparlamentarier und auch Landespolitiker kommen aus der jeweiligen Region.³³

Schließlich noch drei Sätze zur *Volatilität*, einem Lieblingswort in der journalistischen Betrachtung. In dieser Allgemeinheit ist der Befund für den Osten nicht zutreffend. Das mobilere Wählerverhalten wurde teils von dem Abtritt einzelner Gründerväter in den neuen Ländern ausgelöst (Biedenkopf, Stolpe, Vogel), hing mit dem Auftauchen von radikalen bzw. extremistischen Protestbewegungen zusammen (DVU und NPD) und fällt je nach Wahlebene unterschiedlich aus. Dabei geht

es nicht zuletzt um die Frage sozialer Gerechtigkeit und damit indirekt auch wieder um Inhalte.³⁴

4. Bilanz und Ausblick

Die Bilanz der Parteien in den neuen Ländern fällt auf den ersten Blick ernüchternd aus. Sie sind schwach, nach wie vor abhängig von den Zuwendungen der Parteizentralen und im Urteil der Bevölkerung wenig populär. In den Wahlkämpfen werden wichtige Themen eher vermieden (z.B. Europa und Fragen der Einwanderung). Der Dokumentarfilm „Herr Wichmann von der CDU“ aus dem Sommer 2002 vermittelt einen Eindruck von den Schwierigkeiten, politische Botschaften in der Uckermark an den Bürger zu bringen. Zunehmend besteht die Gefahr, dass vor allem Bürger mit niedrigerem Bildungsniveau sich von ihnen abwenden und ihre Unzufriedenheit durch Abstention oder durch die Wahl rechter Gruppierungen artikulieren. Alle Parteien haben ihren Auftrag zur politischen Bildung in den neuen Ländern bislang nur begrenzt wahrgenommen. Eine im Februar 2006 für Mecklenburg-Vorpommern veröffentlichte Untersuchung zeigt, dass über 60% der Bevölkerung kein Interesse an der politischen Bildung haben.³⁵

Bei der Bundestagswahl 2005 verlor die **SPD** im Vergleich zu der von 2002 rund 9,3 Prozentpunkte an Zweitstimmen und damit mehr als die CDU. Die SPD hat im Osten ganze 24.000 Mitglieder, d.h. nur jedes 25. Mitglied kommt von dort. Von „Augenhöhe“ könnten wir erst dann sprechen, wenn die Ost-SPD bei 120.000 Mitgliedern liegen würde. Entscheidend für den starken Mitgliederrückgang waren u. a. der

Irak-Krieg 2002 sowie Hartz IV. Die vorgezogene Neuwahl 2005 hatte im Osten so gut wie keine Anhänger.³⁶

Die CDU steht nicht sehr viel besser dar. Programmatisch ist nicht klar auszumachen, in welche Richtung das Grundsatzprogramm und der Kurs der Partei gehen werden. Im Beschluss des XVII. Parteitages der CDU Deutschlands 2003 „Deutschland fair ändern“ war u. a. von den zweiten Gründerjahren der Republik die Rede. Nach dem Regierungswechsel 2005 erfolgte jedoch zunächst keine umfassende Analyse des Wahldebakels, die CDU ist in der großen Koalition zur sozialen Gerechtigkeit zurückgekehrt.³⁷ Im Frühjahr 2006 begannen Grundsatzdebatten in beiden Großparteien nicht zuletzt mit dem Ziel, die eigene Unterscheidbarkeit in der großen Koalition wieder herzustellen.

Eine Bilanz der Parteien in den neuen Ländern muss daher zwiespältig ausfallen. Während der tagespolitische Befund gerade nach den Landtagswahlen 2006 eher zu Skepsis Anlass gibt, sehen stärker empirische Analysen Chancen für die Entwicklung hin zu modifizierten Volksparteien. So gelangt Bernd Hofmann zu dem Ergebnis, dass sich die Parteien in den neuen Ländern durchaus auf das bisherige Modell der Volksparteien hin bewegen, wobei er dies am Beispiel von Sachsen-Anhalt zumindest bei CDU und SPD feststellt.³⁸

Unter Berücksichtigung des in den letzten fünfzehn Jahren Geleisteten kann man indessen festhalten, dass die Parteien einen Teil der hohen Erwartungen, die an sie herangetragen werden, realisieren konnten. In diesem Zusammenhang sei an die vier Funktionen erinnert, die Parteien in westlichen Demokratien generell zugedacht werden: die sog. „Zielfindungsfunktion“ durch Programme bzw. inhaltliche Debatten,

die Artikulation und Aggregation gesellschaftlicher Interessen, die Mobilisierung der Bürger sowie die Rekrutierung der politischen Elite und schließlich die Regierungsbildungsfunktion.³⁹ Trotz der in der Öffentlichkeit vorhandenen Kritik haben die Parteien diese „Aufgaben“ wahrgenommen. Schwächen zeigten sich in der Vermittlungsfunktion der Demokratie besonders bei der jüngeren Generation sowie bei der für den Wirtschaftsstandort Deutschland entscheidenden Innovation. Die Personaldecke ist dünn. Damit befinden sich die Parteien in einer komplizierten Lage, denn sie können nur bedingt die Grundlagen für die viel beschworene Zivilgesellschaft schaffen, nachdem ein selbständiger Mittelstand und ein kraftvolles Bürgertum durch obrigkeitstaatliche Tradition und jahrzehntelange Ausnahmeherrschaft der SED geschwächt und dezimiert wurden.

Sind die Unterschiede zwischen den Parteien und den Parteiensystemen in den alten und den neuen Ländern so ausgeprägt, dass sie es rechtfertigen würden, von Parteien im Osten und im Westen zu sprechen? Wird hier nicht in gewisser Weise die Annahme einer ökonomischen Spaltung zwischen einem armen Ost- und reichen Westdeutschland übernommen? Wären die Parteien überhaupt gut beraten, das Thema Ost und West dauerhaft aufzugreifen?

Interpretationen der Bundestagswahlen 2005 gelangen zu dem Ergebnis, dass die Linie eher zwischen dem roten Norden und dem schwarzen Süden verläuft,⁴⁰ auch wenn ohne die neuen Bundesländer ein Wechsel zugunsten einer schwarz-gelben Regierung erfolgt wäre. Die einzige Partei, die die „Ostkompetenz“ in den Vordergrund rückt, ist die Linkspartei PDS. Aber auch bei ihr ist der Osten eher ein Gefühl

und eine vermeintliche Antwort auf die empfundene Zurücksetzung eines Teils der Bevölkerung. Bei der sozialen Gerechtigkeit besteht eine Konkurrenzsituation zur SPD.

Die SPD versucht in dem „Forum Ostdeutschland“ das Thema inhaltlich zu füllen. Hier geht es aber eher um regionale Probleme wie De-Industrialisierung und Abwanderung. Da es keine einfachen Lösungen für die neuen Länder gibt, ist es unwahrscheinlich, dass die Parteien das Thema dauerhaft aufgreifen werden. Die im „stillen Osten“ diskutierten Themen wären nicht von bundespolitischer Relevanz, zumal einzelne Regionen bzw. Metropolen (Berlin, Hamburg, München) eine Zunahme an Bevölkerung und teilweise auch an Wohlstand verzeichnen.

Die nur im Bereich der Politik – und im Fußball – in Führungspositionen vorgerückten Ostdeutschen, sind als „die zweite gründliche Blutauffrischung für die politische Klasse der Bundesrepublik“⁴¹ bezeichnet worden. Die Botschaft, die von den beiden ostdeutschen Vorsitzenden der Großparteien ausging, weist sowohl einen generationsspezifischen (89er) als auch einen voluntaristischen Grundzug auf. Matthias Platzeck hatte bereits 2003 festgehalten, die Erfahrung von Zusammenbruch und Transformation berge eine besondere Tugend. „Das ermöglicht eine Haltung der Unverkrampftheit, die experimentelle Veränderung und mutige Erneuerung überhaupt erst möglich macht. Und genau diese Haltung brauchen wir jetzt in Deutschland.“⁴² Und die Bundeskanzlerin ermunterte uns in der Neujahrsansprache am 31. Dezember 2005 mit der Aufforderung: „Fangen wir einfach an – ab morgen früh.“ Solche Äußerungen sind sicherlich keine Antwort

auf die strukturelle Probleme, aber deuten zumindest auf einen Wandel hin, der sich zugunsten des politischen Betriebsklimas auswirken könnte.

Soweit, meine Damen und Herren, der aktuelle Befund. Von Walter Hallstein, der ab 1930 für über zehn Jahre als Juraprofessor an der Universität Rostock tätig war, wird folgender Satz zitiert: „Die Temperatur des Zimmers müsse um einige Grade sinken, wenn ein Jurist den Raum betrete.“⁴³ Diese Aussage des in den neuen Ländern aufgrund der nach ihm benannten Hallstein-Doktrin nicht sonderlich populären Wissenschaftlers, der indessen in den westlichen Nachbarstaaten als großer Europäer gilt, vermittelt zweifellos einen Eindruck von seinem Selbstbild. Sie mag hier, um der Aussage einen eindeutig positiven Zug abzugewinnen, auf die Notwendigkeit zu nüchterner und in die Zukunft gerichteter Analyse verweisen. Diese Zuversicht sollte sowohl der Staats- als auch der an Institutionen interessierte Politikwissenschaftler an den Tag legen. In seinem Buch „Ursprünge unserer Freiheit“ hat Peter Schulz auf die Notwendigkeit der Konstanz und des langen Atems verwiesen, zwei Eigenschaften, die sowohl der Verfassungsrechtler als auch der gute Politiker besitzen sollten. Denn „allzu häufige und allzu viele Änderungen [können] eine Verfassung zum bloßen Objekt von Zweckmäßigkeit degradieren.“ Und weiter: „Eine Verfassung ohne Patina erreicht vielleicht den Kopf der Menschen, nicht aber ihr Herz.“⁴⁴

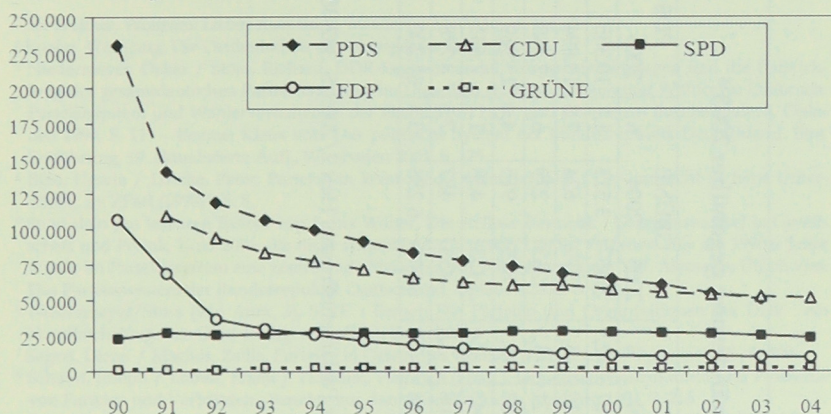
Eben darum geht es. Bei dieser Vermittlungsaufgabe kommt den Parteien und den sie personifizierenden Repräsentanten eine wichtige Aufgabe zu. Schließlich haben wir noch keine geeignetere Form der

demokratischen Repräsentation gefunden. Alle jüngeren Beispiele plebiszitär-populistischer Versuche, und es gibt derzeit eine Reihe davon in verschiedenen Weltgegenden, dürften keine Alternative darstellen.

In einem der ersten Vorträge, den ich Anfang der 1990er Jahre im Hörsaal 218 dieses Gebäudes von Ihnen hörte, drückten Sie es in der Ihnen eigenen lebendigen Anschaulichkeit aus: Mit der Demokratie verhalte es sich wie mit dem englischen Rasen. Immer wieder mit Wasser versorgen und immer wieder von neuem pflegen.

Diese Lebensmaxime stellt eine wichtige Ermunterung für Parteimitglieder, Verantwortungsträger und Wissenschaftler dar: Nur nicht nachlassen, versuchen wir es immer wieder, machen wir es einfach – wie Peter Schulz.

Mitgliederentwicklung der Parteien: Ostdeutschland seit 1990



Quelle: Niedermayer, Oskar: Parteimitglieder seit 1990: Version I/2005, Berlin 2005.

unter: <http://www.polwiss.fu-berlin.de/osz/dokumente/PDF/mitglied.pdf>

Parteimitglieder nach Bundesländern 2003 und 2004 und Veränderung gegenüber 2003⁴⁵

	CDU		SPD		FDP		GRÜNE		PDS	
	2003	2004	%	2003	2004	%	2003	2004	2003	%
Berlin	13.091	12.971	-1,3	17.928	16.764	-6,5	2.781	2.701	10.385	-6,1
Brandenburg	7.336	7.148	-2,6	7.132	6.785	-4,9	1.674	1.612	10.894	-6,1
Meckl.-Vorpomm.	6.983	6.794	-3,4	3.224	3.050	-5,4	1.159	1.121	7.543	-5,7
Sachsen	15.407	15.098	-2,0	4.759	4.453	-6,4	2.579	2.483	15.969	-9,1
Sachsen-Anhalt	9.589	9.351	-2,5	5.145	4.745	-7,8	2.405	2.343	7.631	-6,8
Thüringen	13.375	13.276	-0,7	5.132	4.791	-6,6	2.298	2.208	8.778	-7,4
Gesamt	65.781	64.638	-1,7	43.320	40.588	-6,3	12.896	12.468	61.200	

Quelle: Niedermayer, Oskar: Parteimitgliedschaften im Jahre 2004, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Heft 2/2005, S. 382-389, hier S. 385, Zahlen für Gesamt: eigene Berechnungen

Anmerkungen

- ¹ So: Weimer, Wolfram: Lieber Kurt Beck!, in: Cicero, Mai 2006, S. 146.
- ² Engler, Wolfgang: Die Ostdeutschen als Avantgarde, Berlin 2004, S. 7.
- ³ Niedermeyer, Oskar / Stöss, Richard: DDR-Regimewandel, Bürgerorientierungen und die Entwicklung des gesamtdeutschen Parteiensystems, in: Dieselben (Hrsg.), Parteien und Wähler im Umbruch: Parteiensystem und Wählerverhalten in der ehemaligen DDR und den neuen Bundesländern, Opladen 1994, S. 11. - Beyme, Klaus von: Das politische System der Bundesrepublik Deutschland. Eine Einführung, 10. aktualisierte Aufl., Wiesbaden 2004, S. 175.
- ⁴ Birsil, Ursula / Lösche, Peter: Parteien in West- und Ostdeutschland : Der gar nicht so feine Unterschied, in: ZParl (1998)1, S. 8.
- ⁵ So in dem gut lesbaren Essays von Franz Walter, Die ziellose Republik : Gezeitenwechsel in Gesellschaft und Politik, Köln 2006, die nicht speziell auf die neuen Länder eingehen. Für die 1990er Jahre wurde im Parteiensystem eine zentripetale Phase hin zur Mitte konstatiert. Vgl. Alemann, Ulrich von: Das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 2000, S. 68ff.
- ⁶ Niedermeyer/Stöss (wie Anm. 3), S. 18. - Ferner: Die Parteien und Organisationen der DDR : ein Handbuch, hrsg. von Gerd-Rüdiger Stephan, Bonn 2002.
- ⁷ Segert, Dieter / Machos, Zsilla, Parteien in Osteuropa. Kontext und Akteure, Opladen 1995, S. 230.
- ⁸ Schmid, Joseph / Löbler, Frank / Tiemann, Heinrich (Hrsg.): Organisationsstrukturen und Probleme von Parteien und Verbänden : Berichte aus den neuen Ländern, Marburg 1994, S. 216.
- ⁹ Schmidt, Ute: Sieben Jahre nach der Einheit : Die ostdeutsche Parteienlandschaft im Vorfeld der Bundestagswahl 1998, in: APuZ B1/2(1998), S. 37-53.
- ¹⁰ Gohl, Markus: Der Osten ist anders : Zur Struktur der Parteien in den Neuen Ländern, Marburg 2000, S. 65.
- ¹¹ In Umkehrung und Anspielung an einen Reclam-Titel von Wilhelm Hennis: Auf dem Weg in den Parteienstaat, Stuttgart 1998.
- ¹² Wiesendahl, Elmar: Mitgliederparteien am Ende? Eine Kritik der Niedergangsdiskussion, Wiesbaden 2006, S. 42.
- ¹³ Im Jahr 2004 hatten die Parteien in MV zusammen noch 18.787 Mitglieder. Der Anglerverband hat mehr als doppelt so viele.
- ¹⁴ Schorlemmer, Friedrich: Die Parteien in den neuen Ländern : Zwischen Vergangenheitsbewältigung und Zukunftsorientierung, in: Buchholz, Jochen (Hrsg.): Parteien in der Kritik, Bonn 1993, S. 129.
- ¹⁵ Entsprechende Informationen sind einzelnen Kapiteln in den jeweiligen Landeskunden zu entnehmen. Zum Beispiel: Kiefer, Markus: Die politischen Parteien, in: Schmitt, Karl (Hrsg.), Thüringen : Eine politische Landeskunde, Köln/Weimar 1996S, S. 37-67. - Holtmann, Eberhard / Boll Bernhard, Sachsen-Anhalt : Eine politische Landeskunde, Magdeburg 1997. - Boll, Bernhard / Holtmann, Eberhard (Hrsg.): Parteien und Parteimitglieder in der Region, Wiesbaden 2001. - Werz, Nikolaus: Politische Parteien, in: Werz, Nikolaus / Schmidt, Jochen (Hrsg.): Mecklenburg-Vorpommern im Wandel : Bilanz und Ausblick, München 1998, S. 85-100. - Werz, Nikolaus / Hennecke, Hans-Jörg (Hrsg.): Parteien und Politik in Mecklenburg-Vorpommern, München 2000.
- ¹⁶ Grabow, Carsten: Abschied von der Massenpartei : Die Entwicklung der Organisationsmuster von SPD und CDU seit der deutschen Vereinigung, Wiesbaden 2000, S. 297.
- ¹⁷ Grabow (wie Anm. 16), S. 305.
- ¹⁸ Bürklin, Wilhelm / Rebenstorf, Hilke [u. a.]: Eliten in Deutschland : Rekrutierung und Integration, Opladen 1997, S. 213.
- ¹⁹ CDU-Fraktion im Landtag Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.): Identitätsgewinn im Aufbau Ost : Diskussionspapier zur Werte- und Strategiedebatte „CDU 2000“ in Mecklenburg-Vorpommern, Schwerin 1996, S. 30.
- ²⁰ Dazu: Walter, Franz / Dürr, Tobias / Schmittke, Karl: Die SPD in Sachsen und Thüringen zwischen Hochburg und Diaspora, Bonn 1993.
- ²¹ Vgl. Schuh, Petra / Weiden, Bianca M. von der: Die deutsche Sozialdemokratie 1989/90 : SDP und SPD im Einigungsprozess, München 1997 (Schriftenreihe der Forschungsgruppe Deutschland ; Bd. 9). - Im Gesamtzusammenhang der Vereinigung: Jäger, Wolfgang (in Zusammenarbeit mit Michael Walter): Die Überwindung der deutschen Teilung : Der innerdeutsche Prozess der Vereinigung 1989/90, Stuttgart 1998, S. 141ff.
- ²² Meckel, Markus: Rede auf dem Programm-Parteitag Berlin, 18.-20.12.1989, Presseservice der SPD, Berlin 18.12.1989, S. 2.

- ²³ Werz, Nikolaus: Die SPD in Mecklenburg-Vorpommern, in: Derselbe / Hennecke, Hans Jörg (Hrsg.), Parteien und Politik in Mecklenburg-Vorpommern, München 2000, S. 73f.
- ²⁴ Micus, Mattias: Die Quadratur des Kreises : Parteiführung in der PDS, in: Forkmann, Daniela / Schlieben, Michael (Hrsg.): Die Parteivorsitzenden in der Bundesrepublik Deutschland 1949-2005, Wiesbaden 2005, S. 268.
- ²⁵ Eine Vortragsankündigung für den 2.3.2006 in der „Berliner Zeitung“ lautete: „Neu-Helgoland. 19.00: Gregor Gysi: Was Nun? Über Deutschlands Zustand und meinen eigenen, Talk-Show über sein Buch und aktuelle Probleme“.
- ²⁶ Micus (wie Anm. 24), S. 294.
- ²⁷ Schmitt, Karl: Parteien und regionale politische Traditionen : Eine Einführung, in: Oberndörfer, Dieter / Schmitt, Karl (Hrsg.), Parteien und regionale politische Traditionen in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1991, S. 5f.
- ²⁸ Schmitt, Karl: Umbrüche im Osten : Die Wahllandschaft in Deutschland ist gespalten, in: FAZ, 1999-10-27.
- ²⁹ Jesse, Eckerhard: Koalitionen in den neuen Bundesländern : Varianten, Veränderungen, Versuchungen, in: Sturm, Roland / Kropp, Sabine (Hrsg.): Hinter den Kulissen von Regierungsbündnissen. Koalitionspolitik in Bund, Ländern und Gemeinden, Baden-Baden 1999, S. 146-168.
- ³⁰ Zum folgenden: Jesse, Eckerhard: Die Landtagswahlen in den neuen Bundesländern 1990-2004, in: Deutschland-Archiv 37. Jg. 2004, S. 960f.
- ³¹ Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Datenreport 2004, Wiesbaden 2004, S. 644.
- ³² Biehl, Heiko: Parteimitglieder neuen Typs? Sozialprofil und Bindungsmotive im Wandel, in: ZParl (2004)4, S. 681-699.
- ³³ Vgl. dazu die instruktiven Beiträge in: Mielke, Siegfried / Reuter, Werner (Hrsg.): Länderparlamentarismus in Deutschland, Wiesbaden 2004.
- ³⁴ Kritisch zur Überbetonung der Volatilität äußern sich aus unterschiedlichen Gründen: Vester, Michael: Das Fiasko der „neuen Mitte“. Die Bundestagswahl 2005 und die Orientierungen der gesellschaftlichen Milieus, in: spw (2005)5, S. 14-20. - Siehe auch verschiedene Analysen der Arbeitsgruppe Wahlen Freiburg, die die Konfliktlinie zwischen sozialstaatlichen bzw. sozialdemokratischen Positionen und neoliberalen Ansätzen im europäischen Vergleich berücksichtigen. Für den Sonderfall der Wahlen in Mecklenburg-Vorpommern, wo sie von 1994 bis 2004 zum Bundes- und Landtag zeitgleich erfolgten, vgl. die Analysen des Lehrstuhls für Vergleichende Regierungslehre an der Universität Rostock.
- ³⁵ Die Umfrage wurde im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung durchgeführt, in: Schweriner Volkszeitung, 2006-02-23.
- ³⁶ Baum, Karl-Heinz: Die SPD im Osten, in: NGFH (2005)11, S. 37-41.
- ³⁷ Zur CDU: Emunds, Corinna: Partei des „Anything goes“. Das bürgerliche Lager der Union gibt es nicht mehr, in: NGFH (2005)11, S. 19-23.
- ³⁸ Hofmann, Bernd: Annäherung an die Volkspartei : Eine typologische parteiensoziologische Studie, Wiesbaden 2004, S. 84 u. S. 223.
- ³⁹ Beyme, Klaus von: Parteien in westlichen Demokratien, München 1982, S. 25.
- ⁴⁰ Schoon, Steffen / Werz, Nikolaus: Die Bundestagswahl in den neuen Ländern, in: Deutschland-Archiv 38. Jg. 2005, S. 972-980.
- ⁴¹ So Leinemann, Jürgen: Höhenrausch : Die wirklichkeitsleere Welt der Politiker, München 2004, S. 388.
- ⁴² Platzeck, Matthias: Warum der Westen genauer in Richtung Osten schauen sollte, in: Busse, Tanja / Dürr, Tobias (Hrsg.), Das neue Deutschland : Die Zukunft als Chance, Berlin 2003, S. 54f. - Zur Person jetzt: Mora, Michael / Metzner, Thorsten: Matthias Platzeck : Die Biografie, München 2006.
- ⁴³ So Theo M. Loch 1968. Zitiert in: Werz, Nikolaus, Walter Hallstein in Rostock, in: Mecklenburgische Jahrbücher, 117. Jg. 2002, S. 247.
- ⁴⁴ Schulz, Peter: Ursprünge unserer Freiheit, Hamburg 1989, S. 230.
- ⁴⁵ Stand jeweils 31.12; PDS nur 2003, Veränderungen PDS gegenüber 2002.

Dankrede



Der neue Ehrendoktor bei seiner Dankrede

„Ich will und werde mich auch in Zukunft ‚einmischen‘ ...“

Der Beschluss der Philosophischen Fakultät, mir ehrenhalber die Doktorwürde zu verleihen, hat mich tief berührt. Ich danke der Fakultät für ihre Entscheidung, und ich danke dem Akademischen Senat für sein Plazet.

Es läge vielleicht nahe, den Dank zu verbinden mit einer Art Bilanz meiner Arbeit, soweit sie in den Erwägungen der Fakultät eine Rolle gespielt hat. Ich werde das aber nicht tun. Zum einen will ich der Versuchung entgehen, meine Arbeit – und damit mich selbst – zu loben. Das Ausmaß der inneren Befriedigung über die mir heute zuteil werdende Ehre zeigt mir, dass ich mir Eitelkeit und Stolz mit zunehmendem Alter nicht wirklich abtrainiert habe. Die Gefahr des Eigenlobs bei solcher Bilanz wäre also ganz real.

Zum anderen ist zwar 76 als Alter für eine Bilanz normalerweise nicht zu früh, aber ich beanspruche für mich eine Ausnahme: Ich will und werde mich auch in Zukunft „einmischen“ durch Ermitteln, Darstellen und Bewerten von Entwicklungen auf den Gebieten, die mein bisheriges Arbeitsleben bestimmt haben – und durch Eintreten für die nach meiner Ansicht richtigen Konsequenzen. Ich verbinde deshalb meinen Dank mit einigen Anregungen; sie betreffen die Geschichtswissenschaft, das Recht, die Landespolitik und die Kommunalpolitik.

Geschichte, insbesondere Zeitgeschichte, hat mich immer wieder beschäftigt. Ich glaube an ihren Nutzen, ich glaube daran, dass eine besonnene Fortentwicklung von Demokratie durch die Kenntnis der Ur-

sprünge von Demokratie und ihres mühsamen Kampfes um allgemeine Anerkennung und durch die Verbreitung dieser Kenntnis erleichtert wird.

Der Demokratie-Entwicklung fehlen hier in Ostdeutschland nicht nur – wie im Westen – die 12 Jahre Nazizeit, sondern auch die ersten 45 Jahre nach deren Ende. Zeitgeschichte als Hilfe für Demokratieentwicklung hat deshalb hier eine ungleich höhere Bedeutung als im Westen. Ich bitte den Kultusminister und die Finanzministerin, meine Freundin Sigrid Keler, sich bei ihren Entscheidungen dieses Umstandes bewusst zu sein.

„Material“ für den Historiker ist das Leben von Menschen, soweit es sich in äußeren Abläufen niederschlägt, sich in Zahlen, Daten, offiziellen Dokumenten materialisiert. Das Erforschen und Darstellen der gewissermaßen zur Materie geronnenen Abläufe ergibt die Struktur von Geschichte, zeigt ihr Skelett, ihre Muskeln und Sehnen, ihre Blutbahnen, vielleicht auch ihre Nerven. Es ist aber wichtig, sich in die geschichtlichen Abläufe auch hinein zu fühlen, um sie ganz erfassen zu können. Der Struktur von Geschichte muss dazu Leben eingehaucht werden. Geschichte braucht auch Wärme und Farbe, wenn sie faszinieren soll.

Dabei können uns Materialien helfen, die bisher dem Zeitgeschichtler nur ganz zufällig in ganz seltenen Ausnahmefällen zur Verfügung stehen. Ich meine z. B. Briefe und Tagebücher, die uns die sehr persönlichen Empfindungen „ganz normaler“ Menschen, ihr tägliches Leben in historisch interessanter Zeit nahe bringen. Geschichte braucht Geschichten!

In einer Region und für eine Zeit, in der offizielle Dokumente über die Entwicklung des Landes der Vermutung ausgesetzt sind, sie seien schriftliche Lügen und in der die Hauptaufgabe der Presse die Propaganda war, sind solche persönlichen Dokumente von ganz besonderem Wert.

Walter Kempowski hat solche höchst persönlichen Zeugnisse in großartiger Weise zu Literatur werden lassen. Ihr Wert für die Geschichtsschreibung steht ihrer Bedeutung für die Literatur aber in nichts nach.

In gleicher Weise wichtig sind persönliche Erinnerungen, etwa solche, die der Großvater für seine Enkel schreibt. Sie sind natürlich nicht objektiv und deshalb – für sich genommen – keine zuverlässige Quelle. Aber hier schlägt im Sinne Hegels Quantität in Qualität um: Viele, sehr viele subjektive Teilsichten ergeben gerade in ihrer Widersprüchlichkeit insgesamt doch ein ganz brauchbares plastisches Gesamtbild. Wir sollten die jetzige Großelterngeneration bitten: Schreibt auf, was ihr aus eurem Leben erinnert – für eure Kinder und Enkel, aber lasst die Historiker davon profitieren.

Die Zeitgeschichtler an den ostdeutschen Universitäten sollten Sammelstellen für solche Dokumente einrichten, und sie sollten mit Hilfe der Tagespresse und des Fernsehens immer wieder auffordern, solche Dokumente im Original oder in Kopie zur Verfügung zu stellen. Die bei Tagebüchern und Briefen in vielen Fällen notwendige Übertragung aus der Sütterlin-Schrift und die archivalische Aufbereitung von Briefen, Tagebüchern und Erinnerungen werden einen erheblichen Zeitaufwand erfordern und zusätzliche Stellen – aber der Ertrag wird es wert sein.

Im Mittelpunkt meiner Arbeit stand und steht mein Beruf als Anwalt.

Ein immer noch geltendes Gesetz postuliert: „Der Rechtsanwalt ist ein unabhängiges Organ der Rechtspflege“. Ich habe mich nie als ein Organ empfunden – Organ von was auch immer! Die Freiheit der Advokatur ist es, die diesem Beruf Wert gibt.

Organisation und Methoden des Anwaltsberufs sind seit einiger Zeit einem raschen und tief greifenden Wandel unterworfen. Der Einzelanwalt, von dem das Gesetz immer noch ausgeht, stellt nur noch die gute Hälfte aller Anwälte; mit abnehmender Tendenz. Anwaltskanzleien mit mehreren hundert Partnern in verschiedenen Ländern sind kein unvorstellbares Ziel mehr – oder keine Horrorvision; sie sind in schon nennenswerter Zahl Realität. Dabei ist der Begriff Partner cum grano salis zu nehmen – genauer gesagt: Mit einem ganzen Scheffel Salz. Da gibt es den „partner“, den „real partner“ und vielleicht noch den „real partner indeed“; aber letztlich bestimmen 5 oder 7 Inhaber, welche Rechtsgebiete bearbeitet werden und welche nicht – und gelegentlich auch, welche Mandanten der Partner vor Ort annehmen darf – das ganze frei nach Orwell: Alle Partner sind gleich; aber einige sind gleicher.

Es gibt die zunehmende Globalisierung des Anwaltsberufs, und es ist sehr fraglich, ob die überkommenen deutschen Wertestandards für meinen Beruf sich gegenüber denen von New York, London oder Hongkong behaupten werden.

Die Freiheit der Advokatur ist im Grundgesetz nicht expressis verbis gesichert. Das Bundesverfassungsgericht hat die Meinungsfreiheit

einmal als das „schlechthin konstituierende Grundrecht“ bezeichnet, und der hohe verfassungsmäßige Rang der Unabhängigkeit der Rechtsprechung ist unumstritten. Nach meinem verfassungspolitischen Verständnis sind aber Meinungsfreiheit und Unabhängigkeit der Gerichte ohne die Freiheit der Advokatur nicht vorstellbar. Sie muss deshalb teilhaben am hohen Rang der Meinungsfreiheit und der Unabhängigkeit der Gerichte, und sie muss über das Verbot staatlicher Gängelung hinausgehen. Ich rate an, darüber nachzudenken, ob in Anwaltsfirmen mit z. B. 1.000 so genannten Partnern in verschiedenen Ländern der Welt die Freiheit der Advokatur des einzelnen „Partners“ noch gewährleistet ist; oder ob nicht vielmehr Sicherungen für das eingebaut werden müssen, was ich – in Parallele zum Begriff der „inneren Pressefreiheit“ – die innere Freiheit der Advokatur nennen will.

Ich möchte, dass in Rostock auch weiterhin zukünftige Rechtsanwälte in die Wissenschaft vom Recht eingeführt werden – mit anderen Worten: Ich möchte, dass die Juristische Fakultät erhalten bleibt.

Die Rechtswissenschaft ist immer in Gefahr, dogmatisch begründete Ergebnisse zu verfestigen; sie braucht, um dieser Gefahr zu begegnen, den ständigen intensiven Kontakt mit den Lebenssachverhalten, die den einzelnen Rechtsgebieten zugrunde liegen. Studenten der Rechtswissenschaft sollten deshalb mehr als bisher dazu angehalten werden, in Betrieben, in Verbänden, in gemeinnützigen Einrichtungen Lebenswirklichkeit zu erfahren. Rostock als einzige wirkliche Großstadt des Landes bietet dazu ideale Voraussetzungen – z. B. mit seiner breiten Palette von Betrieben, z. B. mit seinen Außenhandels- und Schifffahrtsverbindungen in die Länder des mare balticum.

Der Jurastudent braucht aber darüber hinaus durch berufsbezogene Betriebspraktika frühe Kontakte zu den heutigen Trägern seiner zukünftigen Berufe. Rostock hat über 400 Anwälte, hat Notare und eine große Zahl von Wirtschaftsprüfern und Steuerberatern, Rostock hat alle Gerichtszweige am Ort und viele Firmen mit eigener Rechtsabteilung. Rostock ist deshalb der ideale Platz auch für derartige berufsbezogene Praktika.

Und: Nach Abschluss des Studiums kann ein hoher Prozentsatz der hier studierenden jungen Juristen seine Referendarzeit ohne Ortswechsel ableisten.

Diese Standortvorteile Rostocks für eine Juristenausbildung mit Kontakt zur Wirklichkeit liegen auf der Hand. Umgekehrt ist es ein Standortvorteil für die Wirtschaft Rostocks, durch eine Juristische Fakultät am Ort die Möglichkeit des ständigen hautnahen persönlichen Kontakts mit der wissenschaftlichen Fortentwicklung des Rechts zu haben – und mit den hier heranwachsenden zukünftigen Rechtsanwälten, Wirtschafts- und Verwaltungsjuristen und Richtern. Es war deshalb nur natürlich, dass beim ersten Auftauchen der Pläne zur Schließung der Juristischen Fakultät viele Vertreter der Rostocker Wirtschaft gegen diese Maßnahme lebhaft protestierten.

Diese Proteste waren gut und richtig, sie sollten aber durch das Angebot praktischer Hilfe untermauert werden. Die Rostocker Wirtschaft sollte z. B. erwägen, ob nicht große Firmen allein oder in Gemeinschaft mit anderen einige Professoren- und Assistentenstellen finanzieren könnten. Andere Firmen könnten die Kosten für Kommentare und

Lehrbücher übernehmen oder bestimmte juristische Zeitschriften finanzieren. Ein Exemplar der Wertpapiermitteilungen z. B. kostet im Jahr 485,00 €, ein Exemplar der „GmbH-Rundschau“ 260,00 €. Das ist ein für sehr viele Firmen erschwinglicher Beitrag zur Sicherung des Fortbestehens der Juristischen Fakultät. Außerdem: Es gibt es in der Wirtschaft und in der Anwaltschaft dieser Stadt wissenschaftlich hoch qualifizierte Praktiker, die imstande wären, den Stellenplan der Fakultät durch die honorarlose Übernahme von Vorlesungen, Übungen oder Arbeitsgemeinschaften zu ausgewählten Teilaspekten des Rechts zu entlasten – etwa im Umfang von jeweils einer oder zwei Wochenstunden.

Es gibt für die Wirtschaft Rostocks also viele Möglichkeiten, den Protest gegen eine Schließung der Juristischen Fakultät substantiell zu unterfüttern. Die Unterschrift unter eine Protestresolution gegen eine Schließung oder Reduzierung der Juristischen Fakultät in Rostock würde an Substanz und Beachtung gewinnen, wenn sie ergänzt würde durch die Unterschrift unter einen Scheck. Auch hier gilt der Satz: Es gibt nichts Gutes, außer man tut es.

Ein Wort zu den Grundlagen unserer Landespolitik:

Der Hamburgische Bürgermeister hat Anfang des Jahres – vielleicht eher spielerisch – die in bestimmten zeitlichen Abständen regelmäßig aus dem politischen Loch Ness auftauchende Diskussion über eine sogenannte Länder-Neugliederung durch den Vorschlag belebt, Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein und Hamburg sollten einen Nordstaat bilden. Da sein Vorstoß die Existenz der beiden deutschen Bundesländer infrage stellt, die mich in ihren Besonderheiten und Un-

terschiedlichkeiten geprägt haben, will ich die Gelegenheit nutzen, einige grundsätzliche Anmerkungen zu machen.

Es geht mir heute nicht darum, dass nach meiner Überzeugung ein solcher Nordstaat keines der Probleme lösen würde, es geht mir um eine staatspolitische Grundsatzfrage:

Die Länder-Neugliederer ignorieren die Tatsache, dass es sich bei den deutschen Bundesländern um Staaten handelt und nicht um Verwaltungsprovinzen. Provinzen sind Objekte, nicht Subjekte von Politik. Sie können deshalb auch nach aktueller Zweckmäßigkeit geteilt oder zusammengelegt werden. Die Staatsqualität der Länder ist seit den 60er Jahren einem ständigen Erosionsprozess ausgesetzt, der nicht mehr sehr viel Substanz übrig gelassen hat. Wir sollten uns hüten, diese Abwertung der Länder dadurch, dass wir sie als Provinzen behandeln, noch weiter zu verstärken.

Seit meinen Untersuchungen über den Einfluss amerikanischer Verfassungsphilosophie und amerikanischer Verfassungsideen auf unser Grundgesetz ist mir die Demokratie sichernde Bedeutung der Staatsqualität der Teilstaaten eines Bundesstaates klar geworden.

Die meisten Amerikaner empfinden sich sehr bewusst als Bürger der USA und als Bürger von Texas oder von Virginia. Die quasi doppelte Staatsbürgerschaft jedes Amerikaners führt in den meisten Fällen zu einem verstärkten Bewusstsein demokratischer Legitimation sowohl des Teilstaates als auch des Gesamtstaates. Nur wer sich diese Tatsache vor Augen hält, kann verstehen, dass die 13 Gründungsstaaten heute, 230 Jahre nach der Unabhängigkeitserklärung in den gleichen

Grenzen fortbestehen, wie sie zuvor als englische Kolonien bestanden hatten; New York State mit seinen rund 140.000 qkm und seinen 19 Millionen Bürgern ebenso wie Rhode Island mit 4.000 qkm und einer Million Bürger.

Die 26 Kantone der Schweiz differieren in der Fläche zwischen 37 qkm und 7.100 qkm und in der Einwohnerzahl zwischen den knapp 33.000 Bürgern des Kantons Obwalden und den 1.300.000 Bürgern des Kantons Zürich. Die Demokratie sichernde Wirkung der Kantone als Staaten ist auch hier nicht zu übersehen. In den Kantonen liegen die Wurzeln der schweizerischen Demokratie, und sie hat dort nach wie vor ihren stärksten Halt.

Die Souveränität der Einzelstaaten der USA hat wesentlich dazu beigetragen, dass das Land in seiner jetzigen Gestalt fast 100 Millionen Zuwanderer aus allen Erdteilen mit höchst unterschiedlichem sozio-kulturellen Hintergrund integrieren konnte, und die Staatlichkeit der Kantone hat wesentlichen Anteil an der Tatsache, dass trotz der Teilung des Landes in drei Sprachregionen die nationale Einheit der Schweiz ganz unangefochten ist.

Wollte man an die Vereinigten Staaten von Amerika und an die Schweiz die wichtigsten Maßstäbe unserer Länderneugliederer, nämlich Rechenschieber und Lineal anlegen – die Kraft erzeugenden Unterschiede und Gegensätze wären längst durch graue Zweckmäßigkeit weggehobelt.

Dass im Unterschied zu den USA und der Eidgenossenschaft nicht alle Länder der Bundesrepublik über eine lange Tradition verfügen, einige

von ihnen vielmehr erst nach 1945 durch Entscheid der Besatzungsmächte entstanden sind, ist kein Argument für eine Erleichterung von Länderneugliederung. Die meisten der nach dem Krieg neu entstandenen Länder haben inzwischen Landesidentität und Tradition entwickelt. Diese positive Entwicklung sollte nicht durch immer neues Infragestellen der damaligen Grenzziehungen gestört werden. Mecklenburg-Vorpommern, in dem 1946 eine 600 Jahre alte Tradition und ein Wunden schlagendes Besatzungsdiktat aufeinander stießen, braucht die Chance zur Festigung des damals nur verordneten Zusammenhalts in besonderer Weise.

Länder mit Staatsqualität sind in der deutschen Geschichte zweimal den Regierenden ein Dorn im Auge gewesen. Hitler entledigte sich der ihn störenden Teilstaaten des Deutschen Reiches durch das Gesetz über den Neuaufbau des Reichs vom 30. Januar 1934, aus dem ich zitiere: „Die Hoheitsrechte der Länder gehen auf das Reich über. Die Landesregierungen unterstehen der Reichsregierung“, und die SED-Führung beseitigte 1952 die nach 1945 wieder erstandenen Länder durch einen Federstrich und gliederte die DDR neu – in schlichte Verwaltungs- und Parteiprovinsen, damals Bezirke genannt. Diese historische Erfahrung sollte allen zu denken geben, die immer einmal wieder Gefallen am Spiel mit der Neugliederung haben. Ein klares abschließendes Nein durch alle Parteien ist schon deshalb geboten, weil ein immer wieder zur Disposition gestelltes Bundesland ungefähr so viel Strahlkraft und Attraktivität aufweist wie eine zur Disposition gestellte Fakultät.

Die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern sollten sich nicht einreden lassen, ihr schönes Land sei nicht lebensfähig. Der Bevölkerungsrückgang in Mecklenburg-Vorpommern seit der Wende ist keine Katastrophe, sondern bis zu einem gewissen Grade eine natürliche Reaktion auf die bis zur Wende bestehende unnatürliche Lage – und es gibt Anzeichen dafür, dass das Pendel langsam zurück schwingen wird.

Eine wirkliche Gefahr ist dagegen die Entwicklung in den östlichen Randkreisen des Landes. Die meisten der Fehler im Vereinigungsprozess sind nicht mehr umkehrbar. Es gibt aber doch viele kleinere Möglichkeiten, sich gegen die dort niederdrückende gefährliche Resignation aufzulehnen. Ich beschränke mich auf ein kleines Beispiel: Im Landkreis Uecker-Randow ist der Bevölkerungsrückgang seit 1993 mit fast 16% doppelt so stark wie in Mecklenburg-Vorpommern insgesamt. Der Rückgang der Zahl der Gymnasiasten in diesem Landkreis ist in gleicher Zeit mit 37,3% noch einmal mehr als doppelt so hoch wie der allgemeine Bevölkerungsrückgang im Kreis.

Die Zahl der Gymnasien ist von 6 auf 3 gesunken. Die Halbierung der Zahl der Gymnasien, die damit verbundenen längeren Schulwege und die Unsicherheit hinsichtlich der Fortexistenz der Schulen verstärken die Motivation zur Abwanderung der jetzigen Elterngeneration. Hier arbeitet eine sich allmählich selbst antreibende Abwärts-Spirale.

Wenn die Landesregierung – etwa für die nächsten 10 Jahre – die in Mecklenburg-Vorpommern generell geltenden Regeln über die Mindestzahl der Züge eines Gymnasiums und über die Mindestklassen-

frequenzen für einen solchen Landkreis suspendieren würde, könnte ein weiterer Rückgang der Zahl der weiterführenden Schulen verhindert und eine Ursache für weiteres Abwandern würde entfallen. Ich bin sicher, dass man aus einem bundesrepublikanischen oder – im Hinblick auf die Grenze zu Polen – europäischen Topf Mittel aktivieren kann, um solche Abweichungen von der Regel zu finanzieren.

Eine Stellungnahme zu Problemen der Stadt darf bei mir nicht fehlen.

Rostock kämpft um seinen Rang als Theaterstadt, als Konzertstadt.

Der Norddeutsche Rundfunk hat 4 Vertragsländer: Hamburg, Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern. Hamburg wird durch das NDR-Symphonieorchester unter Christoph von Dohnanyi exzellent bedient. In Niedersachsen spielt die NDR-Radiosymphonie mit Sitz in Hannover – ein Orchester, das dem NDR-Symphonieorchester nicht wesentlich nachsteht. In Schleswig-Holstein gibt das NDR-Symphonieorchester in dieser Spielzeit 17 Konzerte; fast ausschließlich in Lübeck und Kiel. In dem Nichtvertragsland Bremen tritt das Orchester immerhin noch viermal auf – im Vertragsland Mecklenburg-Vorpommern zweimal – einmal in Peenemünde und einmal in Redefin, beide Male bei Gelegenheit von Festspielen.

Ich verstehe nicht, warum Mecklenburg-Vorpommern sich dieses Verhalten „seines“ Senders gefallen lässt. Wenn denn eine Ausweitung der Konzerttätigkeit des NDR-Symphonieorchesters nicht möglich sein sollte, bietet sich doch die folgende Möglichkeit an: Der NDR finanziert zur einen Hälfte – die andere Hälfte trägt weiterhin die Stadt Rostock – bei entsprechender personeller Aufstockung die Norddeutsche Philharmonie als ein der NDR Radiosymphonie in

Hannover nicht nachstehendes Konzert-Orchester. Das Rostocker Orchester müsste auf diese Weise nicht aus Finanznot reduziert werden; Quantität und Qualität könnten über den jetzigen Zustand hinaus verbessert werden.

Eine solche Lösung würde es der Stadt finanziell ermöglichen, mit seinem Sprechtheater z. B. Qualität und Ansehen des Schauspielhauses Bochum zu erreichen. Zur Illustration dessen, was ich unter Qualität verstehe, nenne ich einige Namen früherer Intendanten des Schauspielhauses Bochum: Saladin Schmitt, Hans Schalla, Peter Zadek, Claus Peymann und zuletzt Matthias Hartmann, der gerade jetzt Intendant des Schauspiels Zürich geworden ist. Die Universitätsstadt Bochum mit ihren etwa 400.000 Einwohnern beschränkt sich auf dieses großartige Schauspielhaus und auf ein angesehenes Konzert-Orchester. Auch für Rostock würden ein solches Orchester und ein solches Schauspielhaus für das kulturelle Leben und für die Anziehungskraft der Stadt mehr bedeuten als die Fortführung von Oper und Ballett.

Ich hatte zu Beginn angekündigt, meinen Dank mit einigen Anregungen verbinden zu wollen. Das mit den Anregungen ist nun vielleicht beinahe zu viel geworden – aber der Dank ist doch ein bisschen zu kurz gekommen. Mit 76 gibt es aber viele Anlässe, dankbar zu sein und viele Personen, denen Dank abzustatten wäre. Das würde von Ihrer Zeit allzu viel in Anspruch nehmen. Ich beschränke mich deshalb darauf, Ihnen, die Sie mir zu Ehren heute hierher gekommen sind, zu danken; stellvertretend für alle, denen ich außerdem Dank schulde. Ich verspreche Ihnen, die Ermutigung, die dieser Tag mir gibt, in weitere Arbeit umzusetzen.

Handwritten text, likely bleed-through from the reverse side of the page. The text is mostly illegible due to fading and the quality of the scan.

Heft 8

EHRENPROMOTION DER PHILOSOPHISCHEN FAKULTÄT 2001: PROF. DR. PHIL. HANS-JOCHEN GAMM... Akademischer Festakt in der Aula am 13. Juli 2001. – ROSTOCK : UNIV., 2002. – 61 S. – Abb.

Heft 9

INVESTITUR 2002 : Begrüßung: Dr. theol. habil. Jens Langer, Pastor an St. Marien; Ansprache des scheidenden Rektors, Prof. Dr. rer. nat. habil. Günther Wildenhain, Rector magnificus 1998 bis 2002; Grußwort des Ministers für Wissenschaft und Bildung des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Prof. Dr. sc. nat. Peter Kauffold; Ansprache des neuen Rektors, Prof. Dr. phil. habil. Hans Jürgen Wendel, Rector electus 2002 bis 2006, am 1. Oktober 2002 in der St.-Marien-Kirche zu Rostock. – Rostock : Univ., 2002. – 44 S. – Abb.

Heft 10

EHRENPROMOTION DER PHILOSOPHISCHEN FAKULTÄT 2002: WALTER KEMPOWSKI. AKADEMISCHER FESTAKT IN DER AULA AM 13. NOVEMBER 2002. – ROSTOCK : UNIV., 2003. – 47 S. – Abb.

HEFT 11

FESTGOTTESDIENST zur Wiedereröffnung der Universitätskirche am Sonntag Misericordias Domini (10. April) 2005. Begrüßung: Prof. Dr. theol. habil. Hermann Michael Niemann, Dekan der Theologischen Fakultät; Einführung des Universitätspredigers: Ansprache von Landesbischof Hermann Beste; Zeremoniale der Amtseinführung; Predigt: Universitätsprediger Prof. Dr. theol. habil. Thomas Klie; Grußwort: Dr. Harald Ringstorff, Ministerpräsident des Landes Mecklenburg-Vorpommern; Ansprache des Rektors, Prof. Dr. phil. habil. Hans Jürgen Wendel: Die Wiedereröffnung der Universitätskirche. – Rostock : Univ., 2005. – 44 S. – Abb.

Heft 12

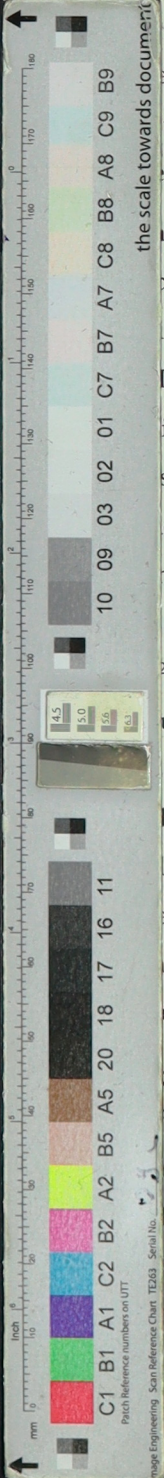
EHRENPROMOTION DER MATHEMATISCH-NATURWISSENSCHAFTLICHEN FAKULTÄT 2005: PROF. DR. RER. NAT. HABIL. HEINZ PENZLIN, JENA. AKADEMISCHER FESTAKT IN DER UNIVERSITÄTSKIRCHE AM 28. OKTOBER 2005. – ROSTOCK : UNIV., 2006. – 64 S. – Abb.

Heft 13

AKADEMISCHE FESTVERANSTALTUNG ANLÄSSLICH DES 80. GEBURTSTAGES VON DOZENT DR. PHIL., DR. H. C. YAAKOV ZUR, BAR ILAN UNIVERSITY, RAMAT GAN (ISRAEL), IM INTERNATIONALEN BEGEGNUNGSZENTRUM ROSTOCK E V. AM 6. MAI 2004. – ROSTOCK: UNIV. 2006. – 59 S. – Abb.



ISSN 1437-4595



the scale towards document

der DDR wurden Kontakte zwischen den
deutschen Städten geknüpft, wobei SPD-
funktion übernahmen.
aligen Funktionselite der DDR in der PDS
parteien ihre politische Heimat fand, ist die
neuer Kräfte.²¹ Die Gründung der SDP am
R stellte eine Absage an die SED und eine
ich die SDP auch in der Tradition der alten
spekt stand jedoch zunächst nicht im Vor-
e der Wunsch, völlig in die SPD überzuge-
n nicht gefragt“, sagte Markus Meckel, da-
Vorstands der SDP beim Programm-Par-
2 Um einer befürchteten Inbesitznahme des
durch einen Teil der SED zuvorzukommen,
Sozialdemokraten nach einem Besuch von
ber 1989 in der Marienkirche in SPD um.²³
er Anteil von einheimischen Spitzenkandi-
e von MV – bei der SPD hoch. Dabei mag
ben, dass ein Teil der westdeutschen SPD
über dem Vereinigungsprozess einnahm.
genen Wähler zum PDS-Milieu erwies sich
te der 1990er Jahre als ein Problem für die
raten. Denn die Annäherung und ab 1998
D und PDS in Mecklenburg-Vorpommern
n Teilen der Öffentlichkeit der alten Bun-
npfunden wurde, erschien der Mehrheit im